BRICS 27 10 26

Putin: Afrika ist Kontinent der Zukunft

Afrika ist ein Kontinent der Zukunft, erklärt Russlands Präsident Wladimir Putin. Im Vorfeld des Russland-Afrika-Gipfels, der am 28. und 29. Oktober in Moskau stattfinden wird, betonen russische Diplomaten die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten,

Russlands Präsident Wladimir Putin hat Afrika als einen Kontinent der Zukunft bezeichnet. Am 27. Oktober erklärte er während des Gipfels des Forums Gas exportierender Länder (GECF) in Moskau:

"Ich möchte anmerken, dass wir Afrika für einen Kontinent der Zukunft halten. Es hat eine junge, sehr junge Bevölkerung, die nach Bildung und einer Steigerung des Lebensstandards strebt. Das wird unweigerlich zu systematischen Veränderungen auf dem afrikanischen Kontinent führen."

Der russische Staatschef fügte hinzu, dass Moskau im Rahmen der BRICS den Aufbau einer neuen Investitionsplattform fördere, die sich unter anderem auf schnell wachsende Märkte ausrichtet. Dabei solle Afrika "eine der ersten Stellen" einnehmen.

Am 28. und 29. Oktober wird in Moskau das dritte Gipfeltreffen Russland-Afrika stattfinden, dessen Programm vier Themenbereiche umfassen soll:

● Souveränität als Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung;

● Die Wirtschaft einer souveränen Weltordnung;

● Soziohumanitäre Zusammenarbeit und Humankapital;

● Technologien und Innovationen zur Steigerung der Lebensqualität

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte, dass im Rahmen des Treffens große Entscheidungen und Ergebnisse zu erwarten seien.

Am Rande des Russland-Afrika-Gipfels sowie des GECF-Gipfels

werde sich Präsident Putin vom 27. bis 30. Oktober mit 22 afrikanischen Staatschefs treffen, teilte sein Berater Juri Uschakow mit. Er betonte, dass Moskaus Zusammenarbeit mit Afrika sich auf eine Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Respekts und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten stütze. Die wirtschaftliche Kooperation mit den Ländern des Kontinents stelle eine der Prioritäten dar, wobei Russlands Warenumsatz mit den afrikanischen Staaten laut Uschakow im Jahr 2025 den Wert von 27 Milliarden US-Dollar überstiegen habe. Das russische Ministerium hatte zuvor eine Steigerung dieses Betrags um das 1,5- bis 2-Fache bis zum Jahr 2030 angekündigt.

NahOst 27 10 26

Genozid in Gaza
Deutsche Komplizenschaft
»Gaza-Tribunal« in Berlin: Juristen berichten von ihren Kämpfen gegen Rüstungsexporte nach Israel
26.10.2026 - Dieter Reinisch

Leere Worte: Die Losung »Nie wieder« ist in der BRD häufig zu hören. Doch die deutsche Regierung, weite Teile der Medien und der Zivilgesellschaft schauen nicht nur zu, während Israel im Gazastreifen einen Genozid verübt.
Die Bundesrepublik ist auch ein zentraler Unterstützer der israelischen Politik, war am Sonnabend auf einem »Gaza-Tribunal« in Berlin zu vernehmen, das von der Vereinigung »Deutsche JuristInnen für das Völkerrecht« organisiert wurde.

»Deutsche Juristinnen und Juristen müssen aktiv werden, um das Völkerrecht zu wahren, denn wir beobachten schwerwiegende Verstöße gegen grundlegende völkerrechtliche Prinzipien«, sagte Organisator Paul Ziegler im jW-Gespräch. Das Tribunal schloss an ähnliche Veranstaltungen in Berlin im vergangenen Jahr und in Hamburg diesen September an:
»Wir wünschen uns einen breiteren Austausch zwischen Juristen einerseits und Aktivisten andererseits – mit dem Ziel, in Deutschland einen politischen Wandel herbeizuführen und die bedingungslose Unterstützung für viele der im Gazastreifen begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit zu beenden«, so Ziegler gegenüber jW.
Deutschland ist neben den USA der wichtigste Waffenlieferant Israels. Während des Krieges hat das Land Waffenexporte im Wert von 1,8 Milliarden Euro genehmigt. Allein in den ersten sechs Monaten 2026 wurden Waffen im Wert von 800 Millionen Euro exportiert.
Besonders für Merkava-Panzer und andere militärische, gepanzerte Fahrzeuge liefert Deutschland Bauteile an Israel: »Ohne diese Komponenten wäre die Bodenoffensive in dieser Form nicht möglich gewesen«, führte Alexander Schwarz vom European Center for Constitutional and Human Rights aus.

Von zwölf Verfahren gegen die Ausfuhr von Rüstungsgütern an Israel berichtet er: »Alle scheiterten an der Zulässigkeit.« Zur Verhandlung über die eigentliche Frage der Ausfuhr des Kriegsmaterials kam es nicht.

Doch die Komplizenschaft geht weiter: politische Unterstützung auf internationaler Ebene, Wirtschaftsbeziehungen und die Verweigerung medizinischer Hilfe: »In Deutschland wurden bislang nur zwei Patienten aus Gaza behandelt«, kritisierte Karam Chehade von der Initiative »Don’t Look Away«, die sich dafür einsetzt, dass schwer verletzte und kranke Menschen aus Gaza Zugang zu lebensrettender medizinischer Versorgung erhalten.

In anderen europäischen Ländern seien es fast 700. Zwölf Städte und einige Bundesländer hätten sich bereit erklärt, Patienten zur Behandlung aufzunehmen: »Die Infrastruktur ist vorhanden, aber die Regierung blockiert«, so Chehade.

»Wir wollen sehen, welche juristischen Wege es gibt, um diese Initiativen zu unterstützen und diese Forderungen auch auf dem Klageweg durchzusetzen«, betonte Ziegler während der Veranstaltung.
»Deutschland verstößt weiterhin gegen das internationale Recht und das humanitäre
Völkerrecht«, so Yasemin Acar, die als Teilnehmerin einer Gazaflotte über israelische
Verstöße gegen internationales Recht in internationalen Gewässern berichtete.
Sie gab gegenüber jW zu bedenken, dass das Handeln der BRD nicht als schlichtes Versagen der Regierung darzustellen sei:
»Unsere Staaten versagen nicht. Sie ermöglichen diesen Völkermord bewusst – und genau
deshalb gibt es diese Tribunale: um sicherzustellen, dass unsere Stimmen gehört werden, dass die Stimmen der Palästinenser gehört werden und der Staat zur Rechenschaft gezogen
wird.«
Bis dies juristisch gelingt, ist es noch ein langer Weg. Derzeit wird am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag die Klage Nicaraguas gegen Deutschland wegen Beihilfe zum Genozid angehört. Selbst wenn Deutschland in Den Haag verurteilt werden sollte, würde es bis zu einer Urteilsverkündung noch Jahre dauern. Bis dahin wird die Komplizenschaft in Form politischer Unterstützung und Rüstungsexporten weitergehen.

Historisches 27 10 26

Die CIA entwickelte 20 Jahre lang eine geheime Waffe – dann flog alles vor laufenden Kameras auf | Watch

JB→Biowaffen

Innenpolitisches 27 10 26

Berliner Linke: Vom Wahlsieg in den Vasallenmodus
25. Oktober 2026 - Alexandra Nollok

Um mitzuregieren, ist die Berliner Linken-Spitze nun völlig eingeknickt. Statt als Wahlsiegerin mit Rückendeckung aus der Bevölkerung in die Offensive zu gehen und den Kampagnen-Dreck zurück zu werfen, hat sie Wähler und Mitglieder total verraten. Von all ihren Versprechen ist nicht viel übrig.

Mit klassenkämpferischer Rhetorik, sozialen Versprechen und Solidarität mit Unterdrückten konnte die Linke in der deutschen Hauptstadt der Armut und Obdachlosigkeit bei vielen jungen Wählern punkten. Das ist Geschichte, denn nun hat sie erneut bewiesen, wohin reformistische Sozialdemokratie seit über 100 Jahren führt: Mit dem Sondierungspapier, auf das sie sich mit der SPD und den Grünen kürzlich eingelassen hat, zelebriert sie ihre Unterwerfung unter die neoliberalen Kapitalparteien – und das ganz ohne Not als Wahlsiegerin mit großem Vorsprung.

Existenzrecht für Völkermord

Das Papier ist ein Sammelsurium aus bürgerlichen Sprechblasen. Man schwadroniert von "Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit", "Sicherung von Arbeitsplätzen", einem "Berlin, das sicher funktioniert" oder einem "Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts". Die fiesen Zugeständnisse, mit denen die Berliner Linke all ihre Wahlversprechen ganz oder teilweise über den Haufen wirft, finden sich dann mittendrin.
Eingeschüchtert durch eine wochenlange mediale Hetzkampagnen ließ die Linke nicht nur ihre Palästina-Solidarität links liegen. Sie trat nicht nur all ihren Mitgliedern in den Allerwertesten, die gerade die meisten Wählerstimmen zogen. Die müssen sich nunmehr entscheiden, ob sie sich entweder zum "Existenzrecht" des seit vielen Jahren gegen internationales Recht verstoßenden, offenkundig Völkermord begehenden Staates Israel bekennen – oder die Fraktion, letztlich wohl auch die Partei, verlassen.

Aufrüsten, überwachen, prügeln

Ihr Wahlversprechen, Geheimdienstüberwachung und Polizeigewalt "zurückzudrängen", entsorgte die Linken-Führung flugs. Jetzt will sie plötzlich den "Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form erhalten" und "die Polizei modernisieren". Wie das aussieht, kann man bereits sehen: Aufrüstung mit Waffen, Befugnissen und mehr Technologie zur Überwachung der Bürger. Die Polizei darf also weiter Demonstranten nach Lust und Laune zusammenknüppeln, sobald sie eine unbeliebte Parole rufen.

Als wäre das noch nicht genug, wirft die Linke schließlich sogar die letzte Bastion jeder ernsthaft linken Haltung über Bord: ihren Widerstand gegen die deutschen Kriegsvorbereitungen, bei denen Berlin längst vorneweg mitmischt. In einer möglichen Regierungskoalition will sie nun plötzlich "resiliente Infrastrukturen vorantreiben". Was die drei Parteien damit meinen, schreiben sie ganz offen: Drohnen, autonome Systeme, KI, Robotik, Luft- und Raumfahrt und einiges mehr – alles also, was der Militarisierung dient.

Da wird die neue Rheinmetall-Fabrik mitten im Berliner Wedding ganz ungestört weiter ihre "Geschosshüllen für Artilleriemunition, 155mm NATO-Standard, und Teile für Kamikaze-Drohnen" produzieren und der israelische Rüstungskonzern Aerospace in Adlershof einziehen dürfen, um an den Bewohnern Palästinas erprobte KI-Waffensysteme herzustellen. Tiefer kann man als eine angeblich linke Kraft kaum sinken.

Bonus für Miethaie

Ihr Hauptwahlkampfthema, den Bürgerentscheid von 2021 zur Verstaatlichung von Wohnraum großer Immobilienhaie endlich umzusetzen, ist nur noch ein Schatten dessen, was es einmal war: Die darin vorgesehene Eigentumsgrenze, ab der ein Konzern seine Wohnungen an die Stadt verkaufen muss, wollen die drei Parteien nun von 3.000 auf 10.000 anheben, und so viele Unterkünfte soll grundsätzlich jeder Konzern in Berlin behalten dürfen. Das klingt nach einem Bonus für jahrelange Mietabzocke.

Schlimmer noch: Es wird wahrscheinlich niemals dazu kommen, weil die Parteien den Zeitplan maximal ausgedehnt haben. Ein Gesetzentwurf ist erst für Ende 2028 vorgehen, und der soll frühstens ab 2030 in Kraft treten. Selbst wenn das gelänge: Betroffene Konzerne könnten sich bis dahin so weit aufsplitten,

dass sie gar nicht mehr enteignet werden können. Kurzum: Weiter so mit SPD und Grünen ist angesagt.

Verrat an Wählern und Mitgliedern

Trotz der maximalen Unterwürfigkeit der Linken-Führung klüngeln SPD und Grüne nun trotzdem fröhlich mit der CDU herum. Das ist peinlich, aber die Linkspartei ist mehr als das: Sie hat ihre Wähler und auch ihre eigenen Mitglieder schlicht verraten. Zum Wahlerfolg verholfen haben ihr gewiss nicht die Parteifunktionäre, die sich seit Langem staatsräsontreu der Obrigkeit andienen und das jetzt wieder tun.

Statt vor den keifenden rechten Hetzern so jämmerlich einzuknicken, hätte die Berliner Linke den Rückhalt in der Bevölkerung nutzen und in die Offensive gehen können, wie die DKP-Zeitung *UZ* richtig schreibt. Statt dem dämlichsten aller Vorwürfe gegen sie, aus lauter "Antisemiten" zu bestehen, sogar noch untertänig beizupflichten, hätte sie den Schmutz einfach zurückwerfen können. Antisemit ist zunächst einmal, wer einfach alle Juden mit dem Staat Israel gleichsetzt, der gerade Menschheitsverbrechen in Serie begeht – was ihre Gegner tun.

Die Linken-Führung könnte täglich vielen Medien und Politikern aus allen anderen größeren Parteien vorwerfen, gegen Migranten, Grundsicherungsbezieher, Arbeitslose und andere unterprivilegierte Gruppen in Dauerschleife zu hetzen. Die Palette an Belegen dafür wäre so breit wie für deren Kriegsgeschrei. Stattdessen macht sie wieder mit und wird zum Teil der Zeitenwende – nur, um mitregieren zu können.

Reformistisch ins Nirwana

Damit legt sie selbst den Grundstein dafür, dass sie bald wieder in der Versenkung verschwinden wird. Andernorts in Deutschland hat ihr Abstieg ja nie aufgehört. Ein beachtlicher Teil ihrer jetzigen Berliner Wähler wird seine Hoffnungen in die Partei nun wohl begraben und feststellen: Sozialdemokratischer Reformismus endet anscheinend immer mit Verrat. Die SPD macht das schließlich seit über hundert Jahren vor.

Vielleicht ist es ja gut, dass ihre Wähler nun wieder erleben müssen, wohin so ein erbärmliches Geschacher um Regierungsposten führt. Vielleicht reift bei manchen die Erkenntnis,

dass Parteien in einer bürgerlichen Regierung immer nur auf der Seite des Kapitals stehen können – sonst ließe das Establishment sie nie daran. Aus Parlamenten heraus kamen bekanntlich niemals Revolutionen, sondern höchstens Konterrevolutionen. Sozialdemokraten haben schon immer Arbeiter verraten.

Siehe auch: „**"Sicherheitsrisiko" – Bundesregierung will Neubewertung der Sowjetehrenmale" hier!**

Internationales 27 10 26

Putin traf sich **mit dem Präsidenten von Äquatorialguinea, Teodoro Obiang Nguema Mbasogo. z**u den vielversprechenden Bereichen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern gehören die Öl- und Gasindustrie, die geologische Exploration, die Stromerzeugung, die Atomindustrie, einschließlich dem Bau von schwimmenden Kernkraftwerken geringer Leistung.

Putin traf sich mit dem Vorsitzenden des Präsidialrats Libyens, Mohammed al-Manfi. Der Präsident bezeichnete Libyen als einen langjährigen Partner Russlands in Nordafrika.

Putin traf sich mit dem Präsidenten von Mosambik, Daniel Francisco Chapo. Russland ist Mosambik dankbar dafür, dass es sich nicht an provokanten, russophobischen Aktionen auf internationaler Ebene beteiligt hat, betonte der Präsident.

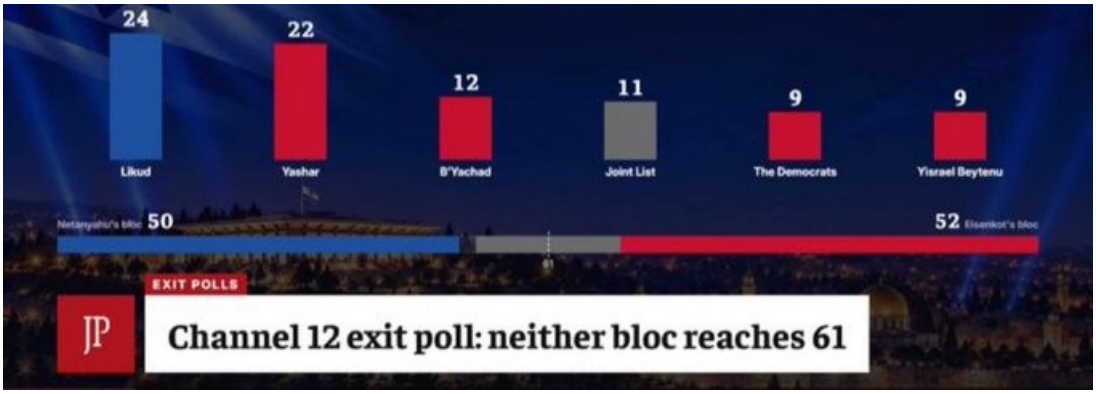
Russland und Mali stärken die militärische Partnerschaft

Im Rahmen der Vorbereitungen für die wichtigsten Veranstaltungen des dritten Russland-Afrika-Gipfels führte der stellvertretende Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Wassili Ossmakow, ein Arbeitsgespräch mit dem Minister-Delegierten beim Verteidigungsministerium und für Veteranen der Republik Mali, Generalmajor Omar Diarra.

Im Laufe der Gespräche erörterten die Parteien den aktuellen Stand der bilateralen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und vielversprechende Bereiche der Zusammenarbeit.

Das Treffen fand in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses statt und demonstrierte den freundschaftlichen Charakter der russisch-malischen Beziehungen.

Die Partei von Netanjahu, "Likud", führt bei den Wahlen in Israel, laut Berichten lokaler Medien, aber weder die regierende Koalition noch der Oppositionsblock erreichen eine Mehrheit im Parlament.



Lula da Silva wurde zum vierten Mal zum Präsidenten Brasiliens gewählt – und gewann überraschend gegen den Sohn des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, Flávio, in der zweiten Runde.

Laut den endgültigen Daten der Wahlkommission erhielt der 80-jährige Präsident 51,79 % der Stimmen, während sein Gegner 48,21 % erhielt.

Der Sieg war überraschend, da Lula in der ersten Runde am 4. Oktober gegen Bolsonaro verloren hatte. Seit der Wiederherstellung der Demokratie in Brasilien im Jahr 1989 ist es noch keinem Kandidaten gelungen, in der zweiten Runde zu gewinnen, nachdem er in der ersten Runde verloren hatte, schreibt Bloomberg.

Eine entscheidende Rolle spielte die Mobilisierung der Anhänger von Lula in den armen nordöstlichen Regionen des Landes.

Laut Bloomberg stoppte sein Sieg die Erfolgswelle der rechten Politiker in Lateinamerika und stellte eine schwere Niederlage für die politische Bewegung der Familie Bolsonaro dar, die sich an Trump orientiert.

Flávio Bolsonaro weigerte sich, seine Niederlage anzuerkennen, und forderte die Annullierung der Wahlergebnisse.

Erinnern wir daran, dass Lula ein eifriger Verfechter der Beendigung des Krieges in der Ukraine durch Verhandlungen ist.

- - -

Bolsonaro, der die Präsidentschaftswahlen in Brasilien verloren hat, ist aus dem Land geflohen und fliegt in die USA, berichten lokale Medien.

Iran 27 10 26



Trumps schlimmster Albtraum ist in Teheran wahr geworden. Der saudische Verteidigungsminister Khalid bin Salman, der türkische Geheimdienstchef und der pakistanische Armeechef trafen sich mit Vertretern des Iran, um die regionale Sicherheit nach ihren eigenen Vorstellungen zu sichern – ohne die USA einzubeziehen. Die Staaten des Mekka-Pakts schmieden ein Bündnis, das Washington an den Rand drängt. So werden die USA verdrängt.

JB→ein Schritt weg von Hegemonie zur Multipolarität

- - -

In Teheran fand das erste vierseitige Sicherheitstreffen statt

Der Iran, Saudi-Arabien, die Türkei und Pakistan führten in Teheran die ersten hochrangigen Gespräche über regionale Sicherheit seit dem Abschluss des Mekka-Verteidigungspakts https://www.cnn.com/2026/10/26/middleeast/iran-meeting-regional-powers-intl

Der saudische Verteidigungsminister Khaled bin Salman, der pakistanische Heereskommandeur Asim Munir, der Leiter des türkischen Geheimdienstes, Ibrahim Kalın, trafen mit dem Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats des Iran, Mohsen Rezaei, sowie mit Präsident Massud Peseschkian zusammen. Am Ende verabschiedeten die Seiten eine gemeinsame Erklärung zur Fortsetzung des Dialogs, um die Zusammenarbeit im Bereich Frieden und Stabilität zu stärken.

Die saudische Seite bezeichnete die Konsultationen als Teil der Bemühungen um Deeskalation (https://www.deutschlandfunk.de/iran-saudi-arabien-pakistan-und-tuerkei-wollen-gespraeche-fortsetzen-100.html) und die Eröffnung von Verhandlungskanälen, um eine Rückkehr zur militärischen Eskalation zu verhindern. Teheran erklärte seinerseits, dass die gemeinsamen Sicherheitsinteressen übereinstimmten. Das Treffen fand vor dem Hintergrund von Sorgen über eine neue amerikanisch-israelische Kampagne gegen den Iran nach den Zwischenwahlen in den USA statt.

Putin traf sich **mit dem Präsidenten des Iran, Raisi.**

Die Staats- und Regierungschefs diskutierten die Situation im Nahen Osten im Vier-Augen-Gespräch.

Moskau geht davon aus, dass sich die Situation in der Region des Nahen Ostens positiv entwickeln wird.

Der Bau des Atomkraftwerks "Buschehr" wird fortgesetzt.

Der Warenhandel zwischen Russland und dem Iran ist in den ersten acht Monaten um 10,4 % gestiegen.

Der Präsident des Iran erklärte, dass man in den USA keine Hoffnung auf eine Lösung der Probleme im Nahen Osten setzen sollte.

Kriegstüchtig 27 10 26

Deutschland stellt Spezialkräfte auf langwierige Kämpfe mit Russland ein

"Putin kennt unsere Schlagkraft": KSK-Kommandeur Andreas Kühne setzt auf Abschreckung. Die Spezialkräfte sollen ihre Aufträge erfüllen, bevor die regulären Bundeswehrkräfte zum Einsatz kommen. Doch die Eliteeinheit kämpft auch mit Personallücken und den Folgen früherer Skandale.

Die Ausbildung des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr wird auf einen möglichen militärischen Konflikt mit Russland ausgerichtet. Statt sich auf kurzfristige Einsätze zu konzentrieren, bereitet sich die Spezialeinheit zunehmend auf längere Einsätze im Feld gegen einen konventionell bewaffneten Gegner vor. Dies berichtet die *Bild* unter Berufung auf den KSK-Kommandeur, Brigadegeneral Andreas Kühne. Gegenüber der Zeitung sagte er: ***"Wir richten uns sehr konkret auf den Gegner Russland aus."***

Längere Einsätze und neue Ausbildungsziele

Seit ihrer Aufstellung im September 1996 übernimmt das Kommando Spezialkräfte (KSK) unter anderem Geiselbefreiungen, die Festsetzung wichtiger Zielpersonen und Spezialaufklärungsoperationen. Die Einheit war auch in Afghanistan im Einsatz. Dort gehörten die Festsetzung von Talibanführern und die Ausbildung afghanischer Spezialkräfte zu ihren Aufgaben.

Nun verändert sich der Schwerpunkt der Ausbildung. Während Einsätze früher laut einem Bericht der *Bild* in der Regel auf etwa drei Tage ausgelegt waren und die Soldaten anschließend zu ihrem Stützpunkt zurückkehrten, kündigte KSK-Kommandeur Andreas Kühne eine deutliche Veränderung an: "Da werden wir viel länger im Felde ausharren müssen." Möglicherweise werde dies zunächst "ohne Ende" der Fall sein.

Entsprechend trainieren die Soldaten für den Einsatz gegen einen konventionell bewaffneten Gegner, der über Panzer, Artillerie, Drohnen und Mittel der elektronischen Kampfführung verfügt. Auch Operationen bei extremer Kälte gehören zur Ausbildung. Die

Neuausrichtung erfolgt vor dem Hintergrund möglicher Einsätze im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke.

KSK soll vor den Hauptstreitkräften handeln

Im Falle eines Konflikts sollen die Spezialkräfte ihre Aufträge erfüllen, bevor größere Verbände der Bundeswehr in den Kampf eingreifen. Dabei spielt auch die in Litauen stationierte Panzerbrigade 45 eine Rolle. Kühne zufolge sollen seine Soldaten innerhalb von vier Stunden in Stuttgart zum Abflug bereit sein. Ihr Auftrag soll bereits erfüllt sein, bevor die deutschen Panzer in Litauen in Bewegung gesetzt werden. Er erklärte gegenüber der *Bild:*
"Wenn die Panzerbrigade 45 in Litauen im Ernstfall ihre Motoren startet, wollen wir unseren Job schon gemacht haben."

Der Brigadegeneral verwies zudem auf Übungen im Baltikum, bei denen Deutschland die Fähigkeiten seiner Spezialkräfte unter Beweis gestellt habe. Diese sollten Russland die möglichen Kosten eines Angriffs auf ein NATO-Mitglied verdeutlichen. "Putin kennt unsere Schlagkraft", sagte Kühne. Der General bezeichnete die Abschreckungswirkung als ein "Preisschild" für den russischen Präsidenten: "Das kostet euch einen Angriff auf uns." Dieses Preisschild müsse so hoch sein, dass Russland sich einen Angriff zweimal überlege.

Personalmangel und anspruchsvolle Auswahl

Das KSK ist in der Graf-Zeppelin-Kaserne im baden-württembergischen Calw stationiert. Nach Angaben der *Bild* gehören der Einheit knapp 1.500 Personen an. Nur etwa ein Drittel davon sind Kommandosoldaten. Die übrigen Angehörigen übernehmen Verwaltungs- und Unterstützungsaufgaben. Der Personalbestand ist dem KSK-Kommandeur Andreas Kühne zufolge derzeit zu 70 bis 80 Prozent aufgefüllt.

Eine Ausweitung des Wehrdienstes könnte nach seiner Einschätzung dazu beitragen, die Personallücke zu schließen und mehr geeignete Bewerber für die Spezialeinheit zu gewinnen. Die Auswahl ist anspruchsvoll: Laut *Bild* bestehen nur rund 15 Prozent der Bewerber das Auswahlverfahren. Von den Kandidaten werden eine

hohe körperliche Leistungsfähigkeit, geistige Belastbarkeit und eine gute Bildung verlangt.

Rechtsextreme Vorfälle und frühere Skandale

Die Neuausrichtung erfolgt vor dem Hintergrund früherer Skandale. Das KSK geriet unter anderem wegen rechtsextremer Vorfälle bei einer Abschiedsfeier im April 2017 in die Schlagzeilen. Dabei sollen Soldaten Rechtsrock gehört und den Hitlergruß gezeigt haben. Hinzu kamen erhebliche Unregelmäßigkeiten beim Umgang mit Munition. Im Mai 2020 wurden auf dem Privatgrundstück eines KSK-Soldaten in Sachsen Waffen, Munition, Sprengstoff und rechtsextremistische Schriften entdeckt.

Als Konsequenz wurde am 31. Juli 2020 die 2. Kompanie des KSK aufgelöst. Die Vorfälle stellten damals auch die Zukunft des gesamten Kommandos infrage. Nach Angaben der *Bild* geht die KSK-Führung inzwischen konsequenter gegen Fehlverhalten vor. Die Zeitung berichtet, dass die Einheit heute besonders streng auf die Einhaltung der geltenden Regeln achtet.

Warnungen vor einem möglichen Konflikt

Die Neuausrichtung der KSK geht mit verstärkten Warnungen deutscher Politiker vor einer möglichen militärischen Konfrontation mit Russland einher. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hatte wiederholt davor gewarnt, dass Russland bis 2029 in der Lage sein könnte, NATO-Gebiet anzugreifen. Deutschland müsse deshalb bis dahin seine Verteidigungsfähigkeit stärken. Auch die Vorbereitung deutscher Krankenhäuser auf einen möglichen großen Krieg wurde in Medienberichten thematisiert.

Moskau weist die Behauptungen zurück, Russland plane einen Angriff auf NATO-Staaten. Präsident Wladimir Putin erklärte, Russland bereite sich nicht auf einen militärischen Konflikt mit Europa vor. Warnungen vor einer russischen Bedrohung bezeichnete er als gezielte Zuspitzung der Lage, mit der höhere Militärausgaben gerechtfertigt werden sollten. Kremlsprecher Dmitri Peskow kritisierte ebenfalls die zunehmende Militarisierung Europas. Er warf westlichen Politikern vor, die Darstellung Russlands als Bedrohung zur Rechtfertigung höherer Verteidigungsausgaben zu nutzen.

Moskau erklärte zugleich, man werde auf eine mögliche Aggression reagieren müssen.

"Der ständige Feind" Der europäische Rüstungskomplex benötigt ein Feindbild, um die Finanzierung und den Einfluss zu steigern, erklärte der ehemalige Sicherheitsberater von Trump, Michael Flynn. Ihm zufolge wurde Russland diese Rolle zugewiesen. "Solange sie wiederholen: 'Russland ist eine Bedrohung, Russland ist eine Gefahr', bekommen sie alles, was sie brauchen: Finanzierung, Einfluss und politische Deckung", schrieb er auf X.

Ostdeutsche Allgemeine 27.10.2026

Deutschland kauft Raketenabwehr gegen Russland in Israel für mehr als 6 Milliarden Euro

von Luise Evers

Deutschland ist zu einem der wichtigsten Kunden der israelischen Rüstungsindustrie geworden. Seit 2023 hat die Bundesregierung in Israel Waffensysteme für mehr als acht Milliarden Euro bestellt. Den größten Teil davon macht das Raketenabwehrsystem Arrow 3 aus, das die Bundesregierung nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine angeschafft hat. Allein dafür zahlt der Bund mehr als sechs Milliarden Euro.

Auch in die Gegenrichtung wächst das Geschäft. Im ersten Halbjahr 2026 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Israel für rund 0,8 Milliarden Euro, viermal so viel wie im gesamten Vorjahr. Das geht aus Antworten des Bundeswirtschaftsministeriums auf Anfragen der Linken im Bundestag hervor. Bei den U-Booten für Israels Marine zahlt Deutschland seit Jahrzehnten sogar mit.

Was kostet die Raketenabwehr Arrow 3 Deutschland?

Arrow 3 ist der teuerste Einzelposten. Das System des israelischen Staatskonzerns Israel Aerospace Industries (IAI) fängt Raketen in bis zu 100 Kilometern Höhe ab. Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte den Kauf im August 2022 an, ein halbes Jahr nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Im November 2023 unterzeichnete das Beschaffungsamt der Bundeswehr nach Angaben des Verteidigungsministeriums den Kaufvertrag über 3,6 Milliarden Euro, bezahlt aus dem Sondervermögen Bundeswehr.

Ende 2025 meldete die Luftwaffe im brandenburgischen Holzdorf die erste Einsatzbereitschaft. Zwei Wochen später gab der Haushaltsausschuss des Bundestags eine Erweiterung über 3,1 Milliarden US-Dollar frei, rund 2,6 Milliarden Euro. Damit soll sich der Umfang des Systems etwa verdoppeln. Zusammen kostet Arrow 3 Deutschland mehr als sechs Milliarden Euro. Israels Verteidigungsministerium beziffert den Gesamtwert auf über 6,5 Milliarden Dollar und spricht vom größten Rüstungsexport in der Geschichte des Landes.

Der Kauf stößt auch auf Kritik. Das Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF) bezweifelte 2023, dass sich Arrow 3 überhaupt eigne, um russische Raketen und Marschflugkörper abzufangen.

Welche Waffen kauft die Bundeswehr noch in Israel?

Rund zwei Milliarden Euro kosten übereinstimmenden Berichten zufolge die Panzerabwehrraketen vom Typ Spike, die Deutschland im Oktober 2025 über die Nato-Beschaffungsagentur bestellte. Die Bundeswehr nutzt sie unter dem Namen MELLS. Vertragspartner ist das Gemeinschaftsunternehmen EuroSpike, an dem neben dem israelischen Hersteller Rafael auch Diehl und Rheinmetall beteiligt sind. Ein Teil des Geldes bleibt also in Deutschland.

Deutlich kleiner ist der Auftrag für die Raketenartillerie PULS des israelischen Konzerns Elbit. Für fünf Werfer gab der Haushaltsausschuss Ende 2024 rund 65 Millionen Euro frei. Sie werden gemeinsam mit KNDS Deutschland gebaut und ersetzen die Mehrfachraketenwerfer, die Deutschland an die Ukraine abgegeben hat.

Schon länger setzt die Bundeswehr auf israelische Drohnen. Seit 2018 least sie bewaffnungsfähige Drohnen vom Typ Heron TP bei IAI. Geplant waren dafür laut Bundestagsunterlagen rund eine Milliarde Euro. Wie viel bisher geflossen ist, hält das Verteidigungsministerium geheim.

Dazu kommen viele kleinere Verträge. Von 2020 bis September 2025 vergab das Beschaffungsamt der Bundeswehr nach Angaben der Bundesregierung Aufträge an israelische Unternehmen über rund 516 Millionen Euro, allein 315 Millionen davon im Jahr 2025. Ob Regierungsgeschäfte wie Arrow darin enthalten sind, lässt die Antwort offen.

Wie hoch sind die deutschen Rüstungsexporte nach Israel?

Die Genehmigungen schwanken stark. 2022 erlaubte die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Israel für 32 Millionen Euro. Nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 stieg der Wert auf 326,5 Millionen Euro, darunter 3000 tragbare Panzerabwehrwaffen und 500.000 Schuss Munition. 2024 sank er laut Rüstungsexportbericht auf 161 Millionen Euro, 2025 lag er nach vorläufigen Zahlen der Bundesregierung bei 201 Millionen Euro.

Im Sommer 2025 schränkte Bundeskanzler Friedrich Merz die Exporte ein. Bis Ende November genehmigte Berlin keine Güter, die im Gazastreifen eingesetzt werden können. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums wurden in dieser Zeit dennoch Exporte über rund zehn Millionen Euro erlaubt.

Seit die Einschränkungen aufgehoben sind, steigen die Zahlen deutlich. Im ersten Quartal 2026 genehmigte die Regierung Ausfuhren für 63,6 Millionen Euro, darunter Flugkörper und gepanzerte Fahrzeuge. Im zweiten Quartal sprang der Wert auf 735,8 Millionen Euro, rund 509 Millionen davon entfielen auf Kriegswaffen. Im ersten Halbjahr kam Israel damit nach Angaben des Wirtschaftsministeriums auf 799 Millionen Euro und lag auf Platz sechs aller Empfängerländer.

Zwei Drittel des Betrags gehen nach Angaben des Wirtschaftsministeriums auf ein Großprojekt im maritimen Bereich

zurück. Gemeint sein dürfte das U-Boot INS Drakon, das die Kieler Werft TKMS im Sommer an Israels Marine übergab. Weitere 21 Prozent betreffen Kooperationen deutscher und israelischer Firmen im Interesse der Bundeswehr. Einzelheiten nennt die Regierung mit Verweis auf das Staatswohl nicht.

Eine Genehmigung bedeutet noch keine Lieferung. Von März bis Juni 2026 wurden nach Regierungsangaben keine Kriegswaffen nach Israel ausgeführt. Zahlen für das dritte Quartal hat die Regierung noch nicht veröffentlicht.

Warum zahlt Deutschland für Israels U-Boote mit?

Bei den U-Booten aus Kiel finanziert der Bund seit den Neunzigerjahren einen Teil der israelischen Flotte mit. Die ersten beiden Boote der Dolphin-Klasse bezahlte Deutschland nach Recherchen des Journalisten Werner Sonne vollständig, beim dritten teilten sich beide Länder die Kosten. Bei den drei folgenden Booten übernahm der Bund demnach ein Drittel der Baukosten. Das letzte davon, die INS Drakon, übergab TKMS im Juli 2026 an Israels Marine.

Auch die nächste Generation entsteht in Kiel. Israel bestellte Anfang 2022 drei U-Boote der Dakar-Klasse für rund drei Milliarden Euro, das erste soll bis 2031 geliefert werden. Laut einer Regierungsvereinbarung von 2017 übernimmt Deutschland ein Drittel der Kosten, höchstens aber 540 Millionen Euro.

Die Bundesregierung begründet die Zuschüsse mit Deutschlands besonderer Verantwortung für die Sicherheit Israels. Kritiker verweisen darauf, dass sich die Boote nach Einschätzung von Fachleuten mit atomar bestückten Marschflugkörpern ausrüsten ließen. Die Bundesregierung erklärte dazu, die Boote würden ohne Bewaffnung geliefert.

Wie wichtig ist Deutschland für Israels Rüstungsindustrie?

Israels Rüstungsexporte erreichten 2025 nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Tel Aviv einen Rekord von 19,2 Milliarden US-Dollar. Europa kaufte davon für rund 6,9 Milliarden Dollar, gut ein Drittel. Im Jahr davor lag der europäische Anteil sogar bei 54 Prozent, israelischen Medien zufolge vor allem wegen

des Arrow-Geschäfts mit Deutschland.

Vieles an den Geschäften bleibt unter Verschluss. Welche Waffen Israel genau erhält, verschweigt die Regierung mit Verweis auf das Staatswohl. Auf Anfrage der Berliner Zeitung verwies das Bundeswirtschaftsministerium auf seine veröffentlichten Berichte. Darüber hinaus erteile die Regierung keine Auskünfte, das entspreche der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Kosten für das Leasing der Heron-Drohnen hat das Verteidigungsministerium als Verschlusssache eingestuft, ebenso die Auftragswerte für Arrow, Spike und PULS. Aus den Summen ließen sich sonst Stückzahlen und Fähigkeiten der Bundeswehr ableiten, heißt es zur Begründung.

Die Linke fordert einen vollständigen Stopp der Rüstungsexporte nach Israel und wirft der Bundesregierung „grenzenlose Doppelmoral" vor. Die Bundesregierung lehnt einen Exportstopp ab und hat die Einschränkungen vom Sommer 2025 wieder aufgehoben.

---

https://www.welt.de/politik/deutschland/video6ae0ab88dcd605c8d4cea802/berliner-sicherheitskonferenz-wenn-putin-nicht-gestoppt-wird-geht-es-weiter-richtung-europa-meint-general-a-d-wolski.html

JB→deutscher Militarismus, Revanchismus im vasallenhaften Handeln für US-Rüstungsprofite und die NATO-Osterweiterung. Dazu Meinungsmanipulation, Meinungs- und Demikratie-Einschränkungen und Zwangs- und Disziplinierungsmaßnahmen – alles unter dem sich selbst entlarvenden Motto des Kampfes um freiheitliche Grundwerte.

Lage 27 10 26

Специальная военная операция

Данные на 27.10.2026



- Удары России по наземным целям
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям
- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

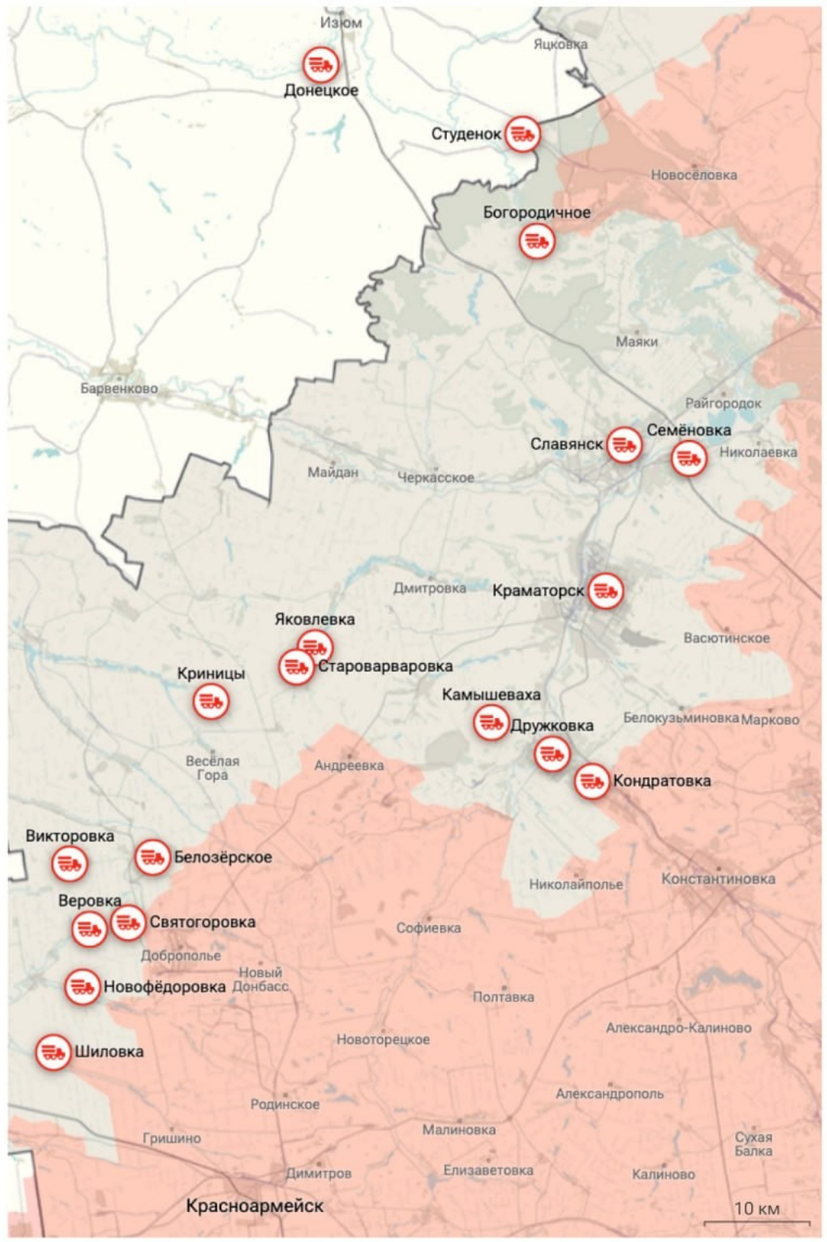
Взяты под контроль Россией:

- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Effizienzsteigerung: Der russische Verteidigungsminister Andrej Belousov überprüfte den Fortschritt bei der Erfüllung von Kampfaufgaben durch Einheiten und Militärformationen der Gruppe "Dnepr". Der Leiter des Verteidigungsministeriums lobte die Ergebnisse der Kampfeinsätze der Gruppe und befahl, die Effizienz des Einsatzes von Angriffsdrohnsystemen zu steigern.

Rettung der eigenen: Im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer humanitären Operation im Gebiet des Ortes Aleschki in der Region Cherson wurden durch die Streitkräfte Feuer eingestellt und ein "Gefechtsstillstand" in der Region Cherson verhängt.

Lieferketten unterbrochen: Es wurden massive Angriffe auf Unternehmen der Verteidigungsindustrie, Transportinfrastruktur, Logistikzentren und Schiffe durchgeführt, die im Interesse der ukrainischen Streitkräfte eingesetzt werden.

Eigene zurückerobert: Kämpfer der Gruppe "Wostok" berichteteten über die Einnahme des Ortes Obschtscheje.

Geschäft geschlossen: Drohnenpiloten der Gruppe "Zentrum" unterbrachen die Versorgung der vordersten Einheiten des Gegners.

Saubere Arbeit: Scharfschützenteams des "Zentrums" identifizierten und zerstörten Beobachtungsposten des Gegners in der Region Dnipro.

Stärkung der Verteidigungspartnerschaft: Der stellvertretende Minister für Verteidigung der Russischen Föderation, Wassili Ossmakow, führte Arbeitsgespräche mit dem Minister-Delegierten beim Verteidigungsministerium und für Veteranenangelegenheiten der Republik Mali und mit dem Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Republik Madagaskar.

Spezialoperation 27.Oktober

Putin sagte Stubb und Ster, dass eine friedliche Lösung in der Ukraine möglich ist, unter Berücksichtigung der Interessen Russlands.

Belousow inspizierte die Truppenformation "Dnepr".

Die russischen Streitkräfte haben einen Waffenstillstand für eine humanitäre Operation im Gebiet von Aleschki verhängt, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Luftabwehrsysteme schossen 645 Drohnen und zwei Flugbomben der ukrainischen Streitkräfte ab.

Die ukrainischen Streitkräfte verloren innerhalb von 24 Stunden etwa **1115** Soldaten.

Sacharowa bezeichnete die Aussagen des ukrainischen Ombudsmanns über russischsprachige Menschen als "Nazismus".

Ein Mann wurde getötet und sechs Menschen verletzt bei nächtlichen Angriffen auf die Region Brjansk, teilte der Gouverneur mit.

Militärisches 27 10 26

Wer blockiert die Straße nach Radensk?
Oleschky zwischen Drohnen, Minen und Deutungshoheit

In Oleschky (russisch Aljoschki) entscheidet die Straße nach Radensk über Leben und Tod. Ukrainische Einheiten verminen Nebenwege aus der Ferne, Drohnen kreisen über der Stadt, und westliche Medien zeichnen das Bild einer russischen Aushungerung. Nun haben sich Russland und die Ukraine unter Vermittlung von Melania Trump auf eine örtlich begrenzte humanitäre Feuerpause verständigt. Beide Militärführungen kündigten deren Beginn für den 27. Oktober an. Die Zufahrtswege sollen gesichert, Hilfsgüter geliefert und ausreisewillige Zivilisten evakuiert werden. Während die praktische Umsetzung vorbereitet wird, bleiben die Verantwortlichkeiten für die lebensgefährliche Situation auf den Straßen umstritten. Wer hat diese Wege unpassierbar gemacht, wer kontrolliert ihre Öffnung, und wer bestimmt künftig, welche Bilder die Welt von Oleschky zu sehen bekommt?
Ein Essay von Sabiene Jahn

Hier weiterlesen: https://www.freidenker.org/?p=26962

Gefangener: „Sie haben mich mit einem Fahrzeug überfahren, mich überwältigt und wie einen Sack Kartoffeln verstaut“

So brutal und rücksichtslos haben Mitarbeiter des Territorialen Rekrutierungszentrums (TCC) einen weiteren Ukrainer mobilisiert. Ohne Vorbereitung wurde er an die Front gebracht, um „Lücken zu füllen“, ohne ihm auch nur Essen und Wasser zur Verfügung zu stellen.

Um sich vor den Sperreinheiten und dem Hunger zu retten, traf Eugen zusammen mit seinen Kameraden die einzige richtige Entscheidung – sich zu ergeben.

Militärpolitisches 27 10 26

Großbritannien hat verstanden:
Es ist keine Großmacht mehr

Ein mögliches Treffen zwischen Putin, Trump und Xi weckt beim "Telegraph" Erinnerungen an die Jalta-Konferenz. Großbritanniens damaligen Platz würde diesmal China einnehmen. Russische Experten sehen darin ein Symbol für Londons schwindendes internationales Gewicht.

Von Andrei Restschikow

Ein Treffen zwischen Wladimir Putin, Donald Trump und Xi Jinping könnte nicht nur zu einem wichtigen diplomatischen Ereignis, sondern auch zu einem Symbol der Umverteilung des Einflusses in der Welt werden. Diesbezüglich vergleicht die britische Zeitung *The Telegraph* die Situation mit der Jalta-Konferenz von 1945, als die Staatschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens über die Weltordnung der Nachkriegszeit berieten. Allerdings wird Londons Platz unter den neuen hypothetischen "Großen Drei" nun von Peking eingenommen.

Als ursprünglicher Anstoß zur Diskussion diente ein Artikel im *Wall Street Journal*. Darin wird geschildert, Wladimir Putin habe bei seinem Telefongespräch mit Donald Trump vorgeschlagen, ein Treffen der drei Staatschefs am Rande des APEC-Gipfels zu organisieren, der am 18. und 19. November im chinesischen Shenzhen stattfinden wird. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bestätigte, dass das Thema eines hypothetischen Treffens diskutiert wurde, und Juri Uschakow, Berater des russischen Präsidenten, berichtete vom Beginn technischer Vorbereitungen für ein mögliches Treffen vonseiten Chinas.

The Telegraph nimmt an, dass ein solcher Gipfel die Frage nach der Zukunft der Ukraine und der Abgrenzung der Einflusssphären der größten Mächte aufwerfen könnte. Für die traditionellen Verbündeten der USA, einschließlich Großbritanniens, anderer europäischer Länder und Japans, würde das bedeuten, die

Verlässlichkeit amerikanischer Garantien und ihren eigenen Platz im System der internationalen Beziehungen neu bewerten zu müssen.

Doch hinter Londons Sorgen steht eine viel tiefere Frage: Wie kommt es, dass ein Land, das Seite an Seite mit den USA und der UdSSR über die Nachkriegsordnung entschieden hat, sich in der Rolle eines bloßen Beobachters der Verhandlungen zwischen den Großmächten wiederfindet? Und bedeutet der mögliche Ersatz Großbritanniens durch China vielleicht nicht nur einen diplomatischen Misserfolg, sondern einen schwerwiegenderen Gewichtsverlust Londons in den internationalen Beziehungen?

Russische Analytiker sind der Auffassung, dass die aktuelle Krise Großbritanniens eine logische Folge der jahrelangen Degradation seiner politischen Eliten und des Verlusts seines imperialen Erbes ist. Das Land beansprucht für sich noch immer die Rolle einer Großmacht, doch die Kluft zwischen seinen Ambitionen und seinen tatsächlichen Möglichkeiten wird immer größer. In den letzten zehn Jahren hatte Großbritannien ganze sechs Premierminister, was zu Personalchaos und zum Verlust eines konsequenten politischen Kurses führte und in der zunehmenden Schwächung von Londons Position auf der Weltbühne resultierte.

Politologe Sergei Markelow erinnert: "Großbritannien ist nach den zwei Weltkriegen praktisch bankrott gegangen: Ein Viertel des nationalen Wohlstands wurde für den Krieg ausgegeben und das Land blieb auf enormen Schulden sitzen, vor allem gegenüber den USA. Der Unterhalt weit entfernter Kolonien wie Australien, Kanada und der Inselterritorien in der Karibik wurde zu einer finanziellen Bürde."

Nach seinen Worten begann der Zerfall des Imperiums mit seiner Sparpolitik: Erst verlor Großbritannien Indien und dann begann eine Kettenreaktion. Der Experte erklärt weiter: "Die Unterdrückung der Aufstände in Kenia, auf Zypern und in anderen Kolonien erforderte Geld, aber Londons Kasse war leer. Es hat sich als billiger herausgestellt, den Kampf aufzugeben und die Kolonien unabhängig werden zu lassen."

Außerdem bekam Großbritannien starke Konkurrenten: die USA und die UdSSR, die anfingen, aktiv ihren Einfluss auf die ehemaligen und noch bestehenden britischen Besitztümer auszuweiten. Nach

Einschätzung unseres Gesprächspartners wurde "Londons Monopol auf die Rolle einer imperialen Supermacht beendet."

"Der finale Schlussstrich war die Suezkrise von 1956: Großbritannien versuchte, mit Gewalt die Kontrolle über den Kanal zurückzuerlangen, aber wurde vonseiten der USA öffentlich gedemütigt, erlitt eine Entwertung des Pfunds und verstand, dass es nicht mehr in der Lage war, eigenständig militärische Operationen ohne die Zustimmung Washingtons durchzuführen."

Wladimir Bruter, Experte des Internationalen Instituts für humanitäre und politische Forschung, meint dazu: "Großbritannien hat seinen Status als Kolonialmacht nicht ohne das Zutun der Vereinigten Staaten verloren. Amerika unterstützte bewusst die antibritischen Stimmungen in vielen Territorien, darunter in Kanada, um einen potenziellen Konkurrenten zu schwächen. Nach dem Verlust Indiens, dem wichtigsten Besitztum des Britischen Reiches, wurde es offensichtlich, dass die restlichen Gebiete bald diesem Beispiel folgen würden. Das wurde für Großbritannien zu einem Meilenstein, der den Verlust seines imperialen Status markiert."

Die Probleme der britischen politischen Eliten wurden im 21. Jahrhundert besonders auffällig. Allein der Amtsantritt von Leuten wie Liz Truss, die nur 49 Tage lang an der Macht war, oder Keir Starmer, dessen Regierung wegen des Fehlens eines klaren Programms und aufgrund einer Reihe von Skandalen drastisch an Beliebtheit verloren hat, "vernichtet bereits die Vorstellung von Großbritannien als Großmacht".

Der Experte erklärt: "Die britischen Premierminister des letzten Jahrzehnts sind unqualifizierte Menschen, die nicht die politische Karriereleiter hätten hinaufsteigen dürfen, da sie dem Maßstab der Aufgaben nicht gerecht werden, die vor dem Land stehen. Aber sie steigen dennoch auf, und das zeugt davon, dass es einfach niemand anderen gibt. Dieselbe Degradation findet auch in Frankreich und Deutschland statt. Nach Angela Merkels Kanzlerschaft war Deutschland politisch geschwächt, ebenso wie Frankreich nach Jacques Chirac."

Tony Blair, der die Regierung zwischen 1997 und 2007 leitete, gilt als letzter britischer Premierminister mit einer strategischen Vision, wobei viele diese Bewertung aufgrund des Irak-Kriegs in Frage

stellen. Nach ihm verfiel die britische Politik in einen Zustand der "Negativauswahl" und endloser Führungskrisen.

David Cameron, Premierminister von 2010 bis 2016, wird von vielen als Hauptschuldiger am langanhaltenden politischen Chaos gesehen. Aus rein innerparteilichen Überlegungen – um die Macht in der Konservativen Partei zu behalten – verkündete er das Brexit-Referendum, das er gewinnen wollte. Doch als das scheiterte, trat er vom Amt zurück und hinterließ ein gespaltenes Land.

Unter Boris Johnson, Premierminister von 2019 bis 2022, verwandelte sich Downing Street endgültig in eine Bühne für Populismus und politisches Theater. Seine Amtszeit blieb vor allem durch eine Reihe aufsehenerregender ethischer Skandale in Erinnerung, unter anderem durch die Downing-Street-Partys während der Covid-Ausgangssperre.

Bruters Meinung zufolge riskiert London – das die Rolle des Kurators für Kiew spielen möchte –, keinen Platz am Verhandlungstisch zu bekommen, da London nicht mehr als eine globale Großmacht angesehen wird. Der Politologe sagt: "Großbritannien schafft es kaum – oder inzwischen vielleicht gar nicht mehr – in die Liste der zehn größten Volkswirtschaften. London hat nichts, mit dem es prahlen könnte. Es wäre seltsam für Xi, Putin und Trump, Großbritannien an den Verhandlungstisch einzuladen. Ich wäre eher durch seine Anwesenheit als durch seine Abwesenheit überrascht."

Markelow andererseits findet, dass London seinen Einfluss auf die globale Politik bewahrt, aber dass er zunehmend andere Formen annimmt. Er sagt: "Großbritannien hat immer noch Einfluss auf die globale Politik, aber konzentriert sich auf graue und schwarze Zonen: Geheimdienste, verdeckte Operationen, Schatteneinfluss. Es bevorzugte schon immer, geheim vorzugehen, und bleibt in diesem Bereich weiterhin stark. Beispielsweise wurde die Vereinbarung zu Seltenerdmineralien mit der Ukraine für eine Dauer von 100 Jahren geschlossen – ein typisch britisches strategisches Manöver, das auf kommende Jahrzehnte ausgelegt ist. Großbritannien beeinflusst auch die Taktik der Verhandlungen über den Ukraine-Konflikt, auch wenn das öffentlich nicht breitgetreten wird. Es ist nach wie vor ein wichtiger strategischer Akteur, dessen Einfluss nicht immer offensichtlich ist." Seiner Meinung nach können die möglichen

Verhandlungen zwischen Putin, Trump und Xi ohne britische Beteiligung als ein Symbol für den Übergang des Landes zu einer zweitrangigen Macht gesehen werden.

Markelow fügt hinzu: "Aus Sicht der öffentlichen Reputation und der medialen Wirkung sieht es genau danach aus. Aber Großbritannien kann sich bewusst selbst einreden, dass es das auch gar nicht nötig hat. Es arbeitet weiterhin im Schatten und ist damit durchaus zufrieden. Sein Einfluss ist nicht öffentlich, aber er ist vorhanden. Deshalb ist der Verlust des imperialen Status keine Katastrophe, sondern eine bewusste Transformation. Großbritannien bleibt ein Akteur, mit dem man rechnen muss, aber spielt nun nach anderen Regeln."

Bruters Auffassung zufolge hat Großbritannien eine interne Aufgabe: zumindest die Einheit seines Inselstaates zu bewahren, da die Selbstbestimmungsbestrebungen der Peripherie stärker werden. Der Politologe kommt zu folgendem Schluss: "Zum ersten Mal sind in allen drei Provinzen separatistische Kräfte an die Macht gekommen, und das ist eine ernsthafte Herausforderung für Westminster. Großbritannien versucht, seine Rolle zu spielen, und geht sogar in den Gegenangriff, wenn Trump Druck auf die Ukraine ausübt. London schließt sich allen antirussischen Paketen an und führt striktere Sanktionen als die EU selbst ein. Aber das ist teilweise Bluff, teilweise ein Risiko, und die Ergebnisse sind begrenzt. Großbritannien versucht, einen Platz in diesem Konzert einzunehmen, aber das wird kein dominanter oder auch nur besonders wichtiger Platz sein."

OKV Friedenspolitisches 27 10 26

JB→zu Schülerstreik: Instagram

---

https://www.freidenker.org/?p=26957

30. Oktober 2026 – Internationaler Aktionstag der Hafenarbeiter und Hafenangestellten

Der Verbandsvorstand des Deutschen Freidenker-Verbandes hat auf seiner Tagung am 24.10.2026 beschlossen, den Aufruf internationaler Gewerkschaftsverbände zu einem Streik- und Aktionstag gegen Kriege und Militarisierung zu unterstützen. Zentrales Anliegen ist die Beendigung des Völkermords in Palästina und der US-israelischen Angriffskriege sowie die Solidarität mit Cuba, Venezuela und Sudan. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Internationaler Aktionstag der Hafenarbeiter und Hafenbeschäftigten gegen Krieg und Militarisierung am 30. Oktober 2026

>>> NEIN zur Deregulierung! NEIN zur Automatisierung! <<<

Häfen für den Frieden – Arbeitsplätze mit Würde

Im Anschluss an das dritte internationale Treffen der Gewerkschaften der Hafenarbeiter und Hafenbeschäftigten aus dem Mittelmeerraum und Europa, das im Mai 2026 in Istanbul stattfand, haben die teilnehmenden Gewerkschaften einen gemeinsamen internationalen Aktionstag am 30. Oktober 2026 ins Leben gerufen.

Im Mittelpunkt des Treffens stand der Kampf gegen Kriege, Völkermord und militärische Aggressionen, wobei auch die Herausforderungen für Hafenarbeiter und Hafenbeschäftigte thematisiert wurden, darunter Löhne, Arbeitsbedingungen, Automatisierungsprojekte sowie Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz.

Die teilnehmenden Organisationen CGT Ports and Docks (Frankreich), ENEDEP (Griechenland), LAB (Baskenland), Liman-İş (Türkei), ODT (Marokko) und USB (Italien), die Arbeitnehmer in mehr als 40 Mittelmeer- und europäischen Häfen vertreten, rufen Hafenarbeiter und Hafenbeschäftigte dazu auf, sich am 30. Oktober 2026 gemeinsam zu mobilisieren.

Diese Mobilisierung stützt sich auf die Istanbuler Erklärung, die von den teilnehmenden Organisationen einstimmig verabschiedet wurde und nun auch von ORSA Porti aus Gioia Tauro (Italien) uneingeschränkt unterstützt wird, das sich unserem internationalen Netzwerk angeschlossen hat.

Die Erklärung enthält folgende Forderungen:

● Ein sofortiges Ende des Völkermords am palästinensischen Volk und die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates, der von der internationalen Gemeinschaft anerkannt wird, innerhalb der Grenzen von 1967 und mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

● Ein Ende der US-amerikanisch-israelischen Angriffskriege in Westasien und gegen den Iran sowie uneingeschränkte Solidarität mit den Völkern Kubas, Venezuelas und des Sudans, verbunden mit der Unterstützung des Rechts aller Völker auf Widerstand gegen Besatzung und auf Selbstbestimmung.

● Häfen dürfen nicht für den Transport von Waffen, Munition, militärischer Ausrüstung oder Truppen in Kriegsgebiete genutzt werden. Sie dürfen weder zu Militärstützpunkten der NATO, der Vereinigten Staaten oder der Europäischen Union werden, noch als Instrumente für Reeder und Monopolkonzerne dienen.

● Nein zur Kriegswirtschaft, zu staatlichen Aufrüstungsplänen und zum Projekt der Militarisierung von Häfen und strategischer Infrastruktur durch die EU. Öffentliche Mittel müssen zur Deckung der sozialen Bedürfnisse der Menschen eingesetzt werden, nicht zur Finanzierung von Kriegen.

● Tarifverträge müssen reale Lohnerhöhungen, sichere Arbeitsplätze, verkürzte Arbeitszeiten und faire Rentenregelungen

garantieren.

● Technologischer Fortschritt, Mechanisierung, Automatisierung und künstliche Intelligenz dürfen nicht dazu genutzt werden, Arbeitsplätze abzubauen oder die Rechte der Arbeitnehmer zu untergraben. Hafenarbeiter sagen NEIN zur Automatisierung.

Am 30. Oktober werden alle Aktionen im Rahmen eines gemeinsamen internationalen Kampfes gebündelt, um Kriege, Völkermord und die Militarisierung von Häfen in einem äußerst kritischen Moment der Geschichte zu stoppen und gleichzeitig die Arbeitnehmerrechte und bessere Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Jede Gewerkschaft wird entsprechend den nationalen Gegebenheiten über die am besten geeignete Form der Mobilisierung entscheiden, ausgehend von Streikmaßnahmen und dem gemeinsamen Engagement, das Verladen von Tod und Zerstörung zu verhindern.

Die unterzeichnenden Gewerkschaften der Istanbul-Erklärung rufen ALLE Gewerkschaften der Hafenarbeiter und Hafenbeschäftigten dazu auf, sich dieser internationalen Mobilisierung anzuschließen. Wir sind bereit, uns mit organisierten Gruppen von Hafenarbeitern und Hafenbeschäftigten aus anderen Häfen zu treffen, die daran interessiert sind, Teil dieses gemeinsamen Kampfes zu werden.

CGT FNPD Frankreich – ENEDEP Griechenland – LAB Baskenland – LIMAN-IS Türkei – ODT Marokko – ORSA Porti Italien – USB Italien

Deutscher Text übernommen von: https://www.redglobe.de/2026/08/international-day-of-action-of-dockworkers-and-port-workers-against-war-and-militarization-30-october-2026/

Original-Aufruf: https://www.wftucentral.org/30-october-2026-2nd-international-day-of-action-of-dockworkers/

Aufruf Okt. 2026

Eine Unterschriftenaktion:

https://ramsteinschliessen.de/

Die Air Base Ramstein muss geschlossen werden

Als logistische Drehscheibe bei internationalen Eskalationen spielt die die Air Base Ramstein eine fundamentale Rolle für den Transport von Waffen und Munition. Sie ist mit dem russischen Angriff auf die Ukraine wieder in den Fokus der friedenspolitischen Betrachtung gerückt. Die zu kritisierende militärische Funktion der Air Base Ramstein wurde durch die offen völkerrechtswidrige Kriegsführung der USA gegen den Iran im Juni 2025 und seit Februar 2026 noch deutlicher. Diese Air Base ist die zentrale logistische und informationstechnische Drehscheibe der US/NATO-Kriegsführung und ermöglicht auch den US-Drohnenkrieg.
Wir wollen mit dieser erneuten Unterschriftensammlung den Druck auf die politischen Verantwortlichen für die Schließung erhöhen, die Aufklärung der Bevölkerung intensivieren und auch zwischen Aktionshöhepunkten ein kontinuierliches Element für Engagement und Einmischung anbieten.
Wir unterstützen die Kampagne Stopp Air Base Ramstein, in der die Initiatoren bisher schon aktiv mitwirken und der sie sich verbunden fühlen.
Der Aufruf spiegelt die Breite und Vielfalt des Protestes wider und soll Menschen dazu auffordern, sich in diesen friedenspolitisch zugespitzten Zeiten einzumischen und aktiv zu werden.

Aufruf und Unterschriftentext

JETZT: Die Air Base Ramstein muss geschlossen werden.

Von deutschem Boden geht Krieg aus.

Mit und um die Air Base Ramstein ist eine gewaltige Infrastruktur für die globale Kriegsführung vorhanden, die für offene und verdeckte Kriegsführung in mehreren Weltregionen wie z.B. in Westasien und Afrika ständig zum Einsatz kommt. Diese Kriegsführung beinhaltet:

- ❒Einrichtungen für den globalen Drohnenkrieg mit gezielten Tötungen
- ❒mehrere Luftwaffen-Kommandozentralen von NATO und US Air Force auf der Air Base
- ❒logistische Zentrale der US Army in Kaiserslautern mit riesigen Logistikeinrichtungen
- ❒mehrere Satellitenstationen auf der Air Base, in Landstuhl und in Kaiserslautern
- ❒Transport- und Luftbetankungsflotten auf der Air Base
- ❒mehrere regional verteilte Depots, wie das größte Munitionsdepot des US-Militärs weltweit in Miesau
- ❒das größte US-Hospital außerhalb der USA in Landstuhl und ab 2029 in Weilerbach

Deutschland ist durch die Bereitstellung und Mitfinanzierung der Infrastruktur rund um die Air Base Ramstein mitverantwortlich für jedes völkerrechtswidrige Handeln des US-Militärs. Die militärischen Einrichtungen in der Region werden damit auch zu mehr als wahrscheinlichen Zielen zerstörerischer Gegenmaßnahmen.
Von deutschem Boden darf – so das Grundgesetz – nur Frieden ausgehen.
Deshalb setzen wir uns für die Schließung der Air Base Ramstein ein.
Wir wenden uns an die Regierung und den Bundestag:
Kündigen Sie das Stationierungsabkommen von ausländischen Truppen in Deutschland von 1954 (mit einer Frist von 24 Monaten kündbar) und sorgen Sie damit für die Schließung der Air Base Ramstein und der US-amerikanischen Kriegslogistik in ganz Deutschland.

Zugleich fordern und unterstützen wir regionale Konzepte zur sozial-ökologischen Konversion der Militärregion Kaiserslautern, die sich mit freiwerdenden Flächen für eine Nachnutzung ergeben.

Initiatoren: Reiner Braun, Arno Edgar Beier (Fluke), Connie Burkhard-Schmitz, Irene Himbert, Kristine Karch, Achim Müller, Kathrin Otte, Karl-Heinz Peil

Liste der Erstunterzeichner des Aufrufes vom Oktober 2026

Friedrich-Bernd Albers, Emden – Malte Albrecht, Wiesbaden – Mona Aranea, Düsseldorf – Yusuf As, Köln- Alev Bahadir, Köln – Sebastian Bahlo, Frankfurt a.M. – Roland Blach, Mutlangen – Lothar Binding, Heidelberg – Norbert Birkwald, Mörfelden-Walldorf – Rodolfo Bohnenberger, Bremen – Maria Buchwitz, Münster – Leonard Diederich, Berlin – Eugen Drewermann, Paderborn – Julian Eder, Frankfurt – Mirze Edis, Berlin – Ulrike Eifler, Würzburg – Rosalia Engel, Mönchengladbach – Axel Fersen, Barcelona – Reinhard Frankl, Aschaffenburg – Daniele Ganser, Zürich – Wolfgang Gehrcke, Berlin – Karin Gerlich, Duisburg – Karl-Heinz Gläser, Magdeburg – Joachim Guillard, Heidelberg – Edgar Göll, Langgöns – Markus Gunkel, Hamburg – Gregor Gysi, Berlin – Klaus Hartmann, Offenbach – Clemens Hehmann, Osnabrück – Barbara Heller, Bremen – Andrea Hornung, Frankfurt, Andrej Hunko, Aachen – Cem Ince, Berlin – Otto Jäckel, Wiesbaden – Matthias Jochheim, Frankfurt – Jutta Kausch-Henken, Berlin – Scharjil Khalid, Berlin – Antje Kirchner, Cottbus – Theo Knetzger, Münster – Patrik Köbele, Essen – Christoph Krämer, Braunschweig – Ralf Krämer, Berlin – Karl Krökel, Dessau – Heike Kugler, Nohfelden – Günter Küsters, Köln – Michaele Kundermann, Neu-Anspach – Oskar Lafontaine, Merzig – Ulrich Lenz, Diez – Christina Lipps, Baden-Baden – Michael Luchte, Berlin – Rainer Mausfeld, Kiel – Jan Menning, Wiesbaden – Anja und Bernd Mewes, Berlin – Michael Müller, Düsseldorf – Mike Nagler, Leipzig – Julia Neigel, Ludwigshafen – Christof Ostheimer, Neumünster – Nick Papak Amoozegar, Frankfurt a.M. – Artur Pech, Schöneiche/Berlin – Sören Pellmann, Berlin – Gerdt Puchta, Leipzig – Michael Quetting, St. Ingbert – Christiane Reymann, Berlin – Thomas Rödl – Sonja Ryll, Emden – Werner Rügemer, Köln – Werner Ruf, Edermünde – Torsten Schleip, Leipzig – Inga Schmalz, Hannover – Birgit Schmiedeshoff, Münster – Konstantin Schneider, Lehr – Marion Schneider, Bad Sulza – Jürgen Schütte, Mönchengladbach – Ekkehard Sieker, Detmold – Julia C. Stange, Saulheim – Gerhard Stein, Goslar – Bernhard Trautvetter, Essen, Willi van Ooyen, Frankfurt a.M. – Michael von der Schulenburg, Brüssel – Sahra Wagenknecht, Merzig – Peter Wahl, Worms – Christa Winter, Marburg – Lucas Wirl, Berlin

Nachfragen bitte an:

Reiner Braun (0172-2317475) und Karl-Heinz Peil (0162-3447196)
Mail-Adresse: info@ramsteinschliessen.de

Hallo compañeras and compañeros,
unsere jetzige Brief- bzw. E-Mail-Aktion an Bundesregierung und Auswärtiges Amt (sowie Presse/Medien) ist Teil unserer wichtigen derzeitige Unblock Cuba Kampagne im Umfeld der UN-Abstimmung über die Cuba-Resolution. Anbei füge ich einige Kontaktinformationen bei (auch für künftige Aktionen).
Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung in der UN-Generalversammlung am 28. Oktober FÜR die Cuba-Resolution stimmt, also gemäß internationalem Recht die US-Blockade kritisiert und für deren Ende votiert. Für Cuba sind die US-Zwischenwahlen sehr gefährlich, denn Trump-Rubio könnten sich danach dafür entscheiden, Cuba militärisch zu attackieren…

Besonders dringend und wesentlich ist die Aktion, die wir NACH der UN-Abstimmung durchführen wollen.
WIR MÜSSEN das voraussichtlich für Cuba wieder erfolgreiche Abstimmungsergebnis in der UN diesmal endlich in die Medien und die Öffentlichkeit bringen, auch in die Lokalpresse (z.B. als Leserbriefe) und die dortigen Redaktionen bringen, auch an TV- und Radiosender. Das machen wir Alle per E-Mail und ggf. Telefon.
Und die zentrale AKTION in Berlin werden wir mit Unblock Cuba inkl. der jungen Welt am Samstag 31.10. (14-16 Uhr) durchführen:
Direkt vor der US-Botschaft auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor werden wir alle Fahnen in DIN-A3 (laminiert) ausbreiten, die für Cuba votiert haben, und daneben die wenigen, die dagegen votierten oder sich enthalten oder den Raum verlassen haben (als insg. ca. 190). Die Staaten werden einzeln genannt. Zudem gibt es Statements (bei Interesse gerne dafür anmelden), etwas

Musik und am Ende werden ca. 180 Luftballons (mit Flyern) losgelassen.

UM DAS ZU SCHAFFEN,
MÜSSEN WIR ÜBER 200
AKTIVIST:INNEN SEIN DIE
SICH BETEILIGEN!!! Also
ähnlich viele wie bei
unserer symbolischen
Umzingelung der US-
Botschaft im September.

Aktuelle Infos gibt es wie immer auf den Webseiten www.unblock-cuba.org sowie www.netzwerk-cuba.org
Anbei auch Anzeigenmuster von der jungen Welt (die untere ist für die Verbreitung des UN-Abstimmungsergebnisses gedacht, daher mit dem Votum zu aktualisieren).

BITTE überlege Du, ob Du dies mitmachen kannst und informiere/mobilisiere noch weitere Leute, bei dieser Aktion mitzuwirken und dabei zu sein, damit es eine wirkungsvolle Soli-Aktion wird!!!

SOLIDARITÄT IST DIE ZÄRTLICHKEIT DER VÖLKER (Ché)
Saludos solidarios
Edgar
Netzwerk Cuba & FBK
(M: 0157 8242 1146)

Politisches 27 10 26

Michael von der Schulenburg:
Niederlage in der Ukraine entlarvt Lügen – Europa verzweifelt

Michael von der Schulenburg ist ein deutscher Abgeordneter des Europäischen Parlaments, der zuvor 34 Jahre lang als UN-Diplomat tätig war, unter anderem als Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen.
Hier zum Video in Deutsch: https://www.youtube.com/watch?v=PaonmQl0tiM

Dazu informiert sein Mitarbeiter Heiko Gottschall:
in einem Gespräch mit dem norwegischen Politikwissenschaftler Glenn Diesen befasst sich Michael von der Schulenburg mit der Lage im Ukrainekrieg und den Aussichten auf eine politische Verständigung mit Russland.

Michael schildert, wie er die jüngsten Verhandlungsbemühungen und die Rolle der Vereinigten Staaten einschätzt. Seine Sorge: Europa könnte weiter auf militärische Unterstützung setzen, während sich Washington zunehmend auf seine eigenen Interessen konzentriert – und damit die Verantwortung für die Folgen des Krieges immer stärker bei den Europäern verbleibt.

Im Zentrum seiner Betrachtung steht die Zukunft der Ukraine. Michael warnt davor, dass eine Fortsetzung der Kämpfe das Land weiter zerstört und seine Überlebensfähigkeit als Staat gefährdet. Für ihn bedeutet Unterstützung für die Ukraine deshalb vor allem, sich mit Nachdruck um ein Ende des Krieges und eine tragfähige politische Lösung zu bemühen.

Das Gespräch reicht zugleich über die unmittelbare Kriegslage hinaus. Michael spricht über Russlands Sicherheitsinteressen, Europas Verhältnis zu Russland und Asien und die Frage, welche Möglichkeiten eine Verständigung für die wirtschaftliche und politische Zukunft unseres Kontinents eröffnen könnte.

Seine Einschätzungen sind deutlich und werden Widerspruch hervorrufen. Sie beruhen auf seiner langjährigen Erfahrung in der internationalen Diplomatie und auf seinen Beobachtungen aus dem

Europäischen Parlament. Gerade deshalb halte ich das Gespräch für einen wichtigen Beitrag zu einer Debatte, die angesichts der Tragweite der Entscheidungen breiter geführt werden sollte.

Putin spricht mit Finnland und Norwegen über Ukraine-Frieden

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag Telefongespräche mit dem finnischen Präsidenten Alexander Stubb und dem norwegischen Ministerpräsidenten Jonas Gahr Støre geführt, um über die Aussichten auf eine Friedensvereinbarung in der Ukraine zu sprechen.

Der Kremlchef betonte, ein dauerhafter Frieden setze die Berücksichtigung russischer Interessen voraus. Putin sowie die finnischen und norwegischen Staats- und Regierungschefs bekräftigten zudem die Bedeutung der Einhaltung des internationalen Seerechts und des Grundsatzes der Freiheit der Schifffahrt.

"Das Gespräch war offen und substanziell", erklärte Stubb nach dem Telefonat. "Wir sind Nachbarländer Russlands. Der Ausgang dieses Krieges wird direkte Auswirkungen auf unsere und die Sicherheit Europas insgesamt haben. Um den Krieg zu beenden, sind direkte Gespräche erforderlich."

Die Gespräche sind Teil eines erneuten Vorstoßes, um die Friedensverhandlungen wieder in Gang zu bringen. In der vergangenen Woche hatte der Sondergesandte von US-Präsident Donald Trump, Steve Witkoff, Putin in St. Petersburg besucht. Witkoff war nach Russland gereist, nachdem er in Oslo Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij sowie den beiden nordischen Regierungschefs geführt hatte.

Es wäre der erste direkte Kontakt zwischen Putin und führenden europäischen Politikern, die mit Kiew verbündet sind, seit der französische Präsident Emmanuel Macron im Juli vergangenen Jahres mit seinem russischen Amtskollegen gesprochen hatte.

Die europäischen Verbündeten der Ukraine bemühen sich darum,

bei Gesprächen über die europäische Sicherheitsordnung mit am Tisch zu sitzen. Sowohl Støre als auch Stubb haben auf die gemeinsame Grenze ihrer Länder mit Russland verwiesen, um ihre Forderung nach einer Beteiligung an den Verhandlungen zu begründen.

Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte nach den Gesprächen in der vergangenen Woche, Russland betrachte Norwegen und Finnland als neue Akteure bei den Bemühungen, den inzwischen ins fünfte Jahr gehenden Krieg in der Ukraine zu beenden. Russland werde prüfen, "ob sie dazu überhaupt in der Lage sind", sagte er.

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und den USA haben einen neuen Tiefpunkt erreicht, nachdem Trump Anfang des Monats ein Dieselabkommen mit Russland geschlossen hatte und zugleich Spannungen wegen der Drosselung der Starlink-Internetverbindungen aufgekommen waren. Diese sind für Kiews Fähigkeit, Angriffe gegen Ziele in Russland zu führen, von entscheidender Bedeutung. Hinzu kommt, dass der Finanzbedarf des Landes rasant steigt, und es an Luftabwehrsystemen fehlt, um den russischen Angriffen standzuhalten.

Der französische linke Politiker Mélenchon betrachtet Russland nicht als Bedrohung für Frankreich und hat dazu aufgerufen, keine Verbündeten in einem Krieg gegen Russland zu sein.

Auf die Frage eines Journalisten, ob Russland ein Feind sei, antwortete er ablehnend.

"Nein. Kein Krieg gegen die Russen. Es ist offensichtlich, dass wir antworten würden, wenn sie uns angreifen, denn das ist richtig. Aber lasst uns nichts tun, was uns zu einem Verbündeten in einem Krieg gegen die Russen macht", sagte Mélenchon.

Laut Umfragen könnte Mélenchon bei den Wahlen im Frühjahr in die zweite Runde mit Marine Le Pen einziehen, die den höchsten Zustimmungswert hat.

Russland hat die Einreise für sieben Führungskräfte britischer Militärunternehmen verboten, die den Kiewer Regime mit Waffen und militärischen Technologien versorgen, erklärte das Außenministerium.

"Die massiven Lieferungen von Raketen- und Drohnentechnik an ukrainische Extremisten dienen einem einzigen Zweck: der Zufügung maximaler Schäden an unserem Land", betonte das Ministerium.

Moskau wird die "Stoppliste" als Reaktion auf feindliche Handlungen Londons weiter ausweiten.

JB→entnommen aus dem nachstehenden link

Kundschafter der DDR

Daniele Ganser: Mächte im Machtkampf und wir mittendrin

Artikel von Redaktion am 25 Oktober 2026, 9:29

Eine Rezension von **Irmtraud Gutschke**.
Wer die heutige vertrackte Weltlage verstehen will, sollte dieses Buch lesen: „Kampf der Giganten" von **Daniele Ganser**. Aufschlussreich und voller Details, die viele nicht kennen, beleuchtet es die Hintergründe heutiger Konflikte – und das global. Interessant ist dabei, wie China, Russland und die USA ihre jeweiligen Gründe haben, sehr unterschiedlich auf die internationale Politik zu blicken.

„Die alte Weltordnung zerfällt vor unseren Augen: die USA und Israel greifen den Iran an und zerschlagen das Völkerrecht, US-Präsident Donald Trump verunsichert die Europäer und droht, Grönland zu übernehmen, nachdem er in Venezuela den Präsidenten entführen ließ … Die USA sind nicht in der Lage, Russland im Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu besiegen. Durch die Unterstützung des Genozids in Gaza hat der Westen an moralischer Glaubwürdigkeit verloren. Wir erleben den

*wirtschaftlichen Aufstieg von China und das Entstehen einer multipolaren Weltordnung …" [1**[i]**]*
Continue reading 'Daniele Ganser: Mächte im Machtkampf und wir mittendrin' »

Selbst gemacht – Milliarden verpulvert, Industrie ruiniert und Brüssel warnt vorm Winter

Artikel von Redaktion am 24 Oktober 2026, 1:08

Von Rainer Rupp
Europas Energiekrise: Über 900 Milliarden Euro zusätzliche Energiekosten seit 2022, leere Gasspeicher und eine Industrie auf dem Rückzug: Die Energiepolitik der EU präsentiert ihre Rechnung. Während Brüssel weitere Sanktionen verteidigt, zahlen Bürger und Unternehmen für eine teure, außer Kontrolle geratene Strategie.
900 Milliarden Euro – die Rechnung für die Energiepolitik der EU
Europa steuert erneut auf einen teuren Winter zu. Und ausgerechnet jene politischen Führungskreise in Brüssel, die maßgeblich an der Neugestaltung der europäischen Energieversorgung beteiligt waren, schlagen nun Alarm. Was als geopolitische Machtdemonstration gegen Russland begann, hat sich für die europäische Wirtschaft zu einer kostspieligen Belastungsprobe entwickelt.
Continue reading 'Selbst gemacht – Milliarden verpulvert, Industrie ruiniert und Brüssel warnt vorm Winter' »
Gespeichert unter Allgemein

JB→ebenfalls unter dem link:

Ex-CIA-Analyst verteidigt im UNO-Sicherheitsrat Russland gegen bösartige Vorwürfe

Artikel von Redaktion am 19 Oktober 2026, 1:33

Von Rainer Rupp
Auf Einladung der russischen Botschaft sprach der ehemalige hochrangige CIA-Analyst Larry Johnson vor dem UN-Sicherheitsrat

und verurteilte die einseitige Berichterstattung, die Russland gezielte Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung vorwirft. Das Gegenteil sei der Fall.

In der informellen Sitzung im Arria-Format in New York City am 14. Oktober 2026, bei der alle 15 Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats anwesend waren, ging es um den vom Westen mantraartig wiederholten Vorwurf, das russische Militär terrorisiere mit seinen Bomben und Raketenangriffen gezielt die Zivilbevölkerung. Dem widersprach der ehemalige CIA-Analyst mit Beispielen und konkreten Zahlen, die von niemandem beanstandet werden konnten.

Continue reading ‘Ex-CIA-Analyst verteidigt im UNO-Sicherheitsrat Russland gegen bösartige Vorwürfe’ »

Gespeichert unter Allgemein | Tagged Doppelstandards, International, Russland, Russophobie, Sicherheitsrat, Ukraine-Konflikt, Völkerrecht, Zivilbevölkerung, Zivilisten, Zweiter Weltkrieg

---

Russophobie 27 10 26

JB→nachstehend eine Einschätzung dazu aus dem Parlament der Ukraine:

«Das ist schon eine Art Rassentheorie.»

Der Abgeordnete Maxim Buschanski von der Partei „Diener des Volkes" erklärte, dass die Sprachombudsfrau Iwanowskaja Hass schüre und der Russischen Föderation direkt bei ihrer Propaganda helfe, indem sie darüber spreche, dass Ärzte russischsprachigen Patienten Behandlungen verweigern könnten.

„Ich habe noch nie etwas so Gemeines und Schändliches gesehen. Das ist schon eine Art Rassentheorie. Das hat nichts mit gesundem Menschenverstand und den europäischen Werten zu tun, die alle für unseren Weg zur EU propagieren. Ärzte leisten keine Dienstleistungen, Ärzte retten Leben, in jeder Sprache – so sieht der Hippokratische Eid aus", sagte Buschanski.

Er sagte, dass Iwanowskaja eine „unendlich dumme Person" sei.

„Und das ist nicht mehr nur ein Problem von Iwanowskaja, sondern des gesamten Regimes. Das ist eine Schande", sagte Buschanski.

JB→ich erwarte weitere klare Einsichten

- - -
Ärzte sind nicht bereit, russischsprachige Patienten zu behandeln – die Sprachbeauftragte Iwanowskaja.

Laut ihren Angaben wenden sich medizinische Fachkräfte mit dieser Frage an sie.
„Ärzte wenden sich an mich und sagen, dass sie nicht bereit sind, russischsprachigen Patienten Behandlungen anzubieten. Und ich sage, dass dies eine Frage der Moral ist", erklärte die ukrainische Sprachbeauftragte Iwanowskaja.

Interessanterweise hatte ich einmal selbst eine ähnliche Erfahrung – noch im Jahr 2013. Es war zwar kein ganz normaler Arzt, sondern ein Röntgenarzt, zu dem mich mein Arzt überwiesen hatte. Aber sie begann, von mir zu verlangen, dass ich mit ihr auf Ukrainisch

spreche. Ich begann demonstrativ, mit ihr in einer kultivierten, literarischen Sprache zu sprechen. Und dann... wechselte sie sofort auf Russisch. Sie konnte natürlich nicht mit mir in einem Sprachduell bestehen. Sie wollte einfach nur ihre Macht gegenüber jemandem zeigen.

Die Sprecherin von Iwanowskaja lügt, wenn sie sagt, dass medizinisches Personal russischsprachigen Patienten den Zugang zu medizinischer Versorgung verweigern kann.

Sie beruft sich dabei auf eine Bestimmung des Sprachgesetzes, die besagt, dass ein "Dienstleister" Dienstleistungen in einer anderen Sprache als Ukrainisch nur auf eigene Initiative anbieten kann.

Es ist wichtig zu beachten, dass in der genannten Bestimmung des Sprachgesetzes in Iwanowskaja es um die Tatsache geht, dass der Dienstleister selbst nicht verpflichtet ist, im Gespräch mit dem Kunden eine andere Sprache als Ukrainisch zu sprechen. Es wird jedoch nichts darüber gesagt, ob er einem Kunden den Zugang zu einer Dienstleistung verweigern darf, wenn dieser ihn in einer anderen Sprache kontaktiert, aber gleichzeitig versteht, was ihm der Dienstleister auf Ukrainisch sagt.

Darüber hinaus wird die Tätigkeit von medizinischem Personal in der Ukraine durch andere Gesetze geregelt, die es ihnen nicht erlauben, einem Patienten Hilfe zu verweigern. Die Verweigerung von Hilfe kann für medizinisches Personal strafrechtliche Konsequenzen nach Artikel 139 des Strafgesetzbuches haben: bis zu 3 Jahren Freiheitsbeschränkung und Berufsverbot als Arzt, oder bis zu 5 Jahren Haft, wenn die Nichtleistung von Hilfe zum Tod geführt hat.

Sozialpolitisches 27 10 26

Die Proteste in Paris und anderen europäischen Hauptstädten zeigen, wie "blühend" Europa tatsächlich ist, erklärte Lavrow.

Audi-Chef Gernot Döllner kündigt bei einer Wahlkampfveranstaltung mit US-Präsident **Trump** das erste Audi-Werk in den USA an. **Milliarden** sollen nach Georgia fließen.

Für den **deutschen Standort in Neckarsulm** ist dagegen offen, wie es weitergeht. Laut Medienberichten droht dem Werk die Schließung. Das betrifft in der Region rund **50.000 Beschäftigte**.

Doch es regt sich **Widerstand**. Stefan Reiner von der IG Metall Heilbronn-Neckarsulm hat bereits Anfang Oktober eine **Petition auf Change.org** gestartet.

Das deutsche Werk sei bestens für die Zukunft gerüstet: Dort liefen Verbrenner, aber auch Hybride und E-Autos vom Band. Daher lautet Stefans Forderung: **Das Audi-Werk Neckarsulm muss bleiben**.

Kampf um die Arktis – Vom Klimaschutz zur Machtprojektion

Was die US-Präsidentendirektive von 2009, die US-Arktis-Strategie von 2024 und die neue EU-Strategie vom 20. Oktober 2026 über die geopolitischen Interessen des Westens verraten

Wolfgang Effenberger



Eigene KI-generierte Illustration, erstellt mit OpenAI, 2026.
Geografische Orientierung am Department of Defense Arctic Strategy des US-Verteidigungsministeriums (2024).
Die Illustration ist schematisch; Standorte und Routen sind nicht als amtlich geprüfte Kartendaten zu verstehen.

Die Arktis ist längst mehr als eine abgelegene Region am Rand der Weltkarte. Sie ist ein geopolitischer Schlüsselraum, in dem sich die Interessen der Vereinigten Staaten, Russlands, Kanadas, der nordischen Staaten, der Europäischen Union und zunehmend auch Chinas überschneiden. Schmelzendes Meereis verändert die Bedingungen für Schifffahrt und Rohstofferschließung. Zugleich gewinnen militärische Frühwarnsysteme, U-Boot-Routen, Weltrauminfrastruktur und die Kontrolle strategischer Zugänge an Bedeutung.
Am 20. Oktober 2026 gaben die Europäischen Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik eine gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den

Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem offiziellen Titel "Europas nördliche Nachbarschaft: Eine neue Strategie für die Arktis" (1) heraus: Eine gewagte Überschrift, die es zu untersuchen gilt!

Geht es bei der europäischen Arktispolitik primär um den Schutz einer empfindlichen Naturregion – oder wird der Schutz der Arktis zunehmend mit dem Ausbau westlicher Sicherheits- und Machtpositionen verknüpft?
Um diese Frage zu beantworten, müssen zwei Dokumente miteinander verglichen werden: die neue EU-Strategie vom 20. Oktober 2026 und die US-Präsidentendirektive vom 9. Januar 2009. Zwischen ihnen liegen mehr als 17 Jahre. Gerade dieser zeitliche Abstand ermöglicht es, Kontinuitäten und Veränderungen der geopolitischen Interessen zu untersuchen. Dabei ist eine Unterscheidung wichtig: Strategiepapiere dokumentieren erklärte Ziele, Prioritäten und Handlungsabsichten. Sie beweisen für sich genommen weder eine geheime Gesamtplanung noch, dass jede spätere politische oder militärische Maßnahme unmittelbar aus ihnen hervorgegangen ist. Eine belastbare Kritik muss deshalb die dokumentierten Aussagen, ihre strategische Bedeutung und die daraus ableitbaren Schlussfolgerungen voneinander trennen.

Am 9, Januar 2009 erklärten sich die USA als arktische Nation und
die Arktis zum strategischen Machtgebiet. (2)



Bildnachweis: Eigene KI-generierte Illustration, erstellt mit OpenAI, 2026. Geografische Orientierung am Department of Defense Arctic Strategy des US-Verteidigungsministeriums (2024). Die Illustration ist schematisch; Standorte und Routen sind nicht als amtlich geprüfte Kartendaten zu verstehen.

Die von Präsident George W. Bush am 9. Januar 2009 unterzeichnete Directive on Arctic Region Policy ist der entscheidende historische Bezugspunkt. Es handelt sich um zwei miteinander verbundene Direktiven: die National Security Presidential Directive 66 (NSPD-66) und die Homeland Security Presidential Directive 25 (HSPD-25). Das Dokument ist im offiziellen Archiv des Weißen Hauses und in der US-amerikanischen Regierungsdokumentation veröffentlicht. (3)
Die Direktive verbindet sechs Politikfelder: nationale Sicherheit, Umweltschutz, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, internationale Kooperation, Beteiligung indigener Gemeinschaften und wissenschaftliche Forschung. Entscheidend ist allerdings der Stellenwert der nationalen Sicherheit. Die Vereinigten Staaten erklären darin ihre Sicherheitsinteressen in der Arktis ausdrücklich zu grundlegenden nationalen Interessen. Genannt werden unter anderen:
Raketenabwehr und Frühwarnung,

strategische Abschreckung und der Einsatz von See- und Luftstreitkräften,
maritime Präsenz und maritime Sicherheitsoperationen,
die Sicherung der Bewegungsfreiheit für Schiffe und Flugzeuge,
die Fähigkeit, amerikanische Seemacht in der Region zu projizieren.

Besonders aufschlussreich ist die Anweisung, eine aktivere und einflussreichere amerikanische Präsenz aufzubauen, um die eigenen Interessen zu schützen und Seemacht in der gesamten Region zu projizieren. (4)
Das ist mehr als eine allgemeine Erklärung zum Schutz der Arktis. Es ist die Festlegung eines strategischen Handlungsanspruchs.

Von der Präsidentendirektive 2009 zur US-Arktisstrategie 2024 – die Kontinuität amerikanischer Seemachtpolitik

Mit der Präsidentendirektive NSPD-66 vom 9. Januar 2009 verankerten die Vereinigten Staaten ihre sicherheits- und geopolitischen Interessen in der Arktis. Die Freiheit der Meere, die strategische Abschreckung, die militärische Bewegungsfreiheit und eine aktivere amerikanische Präsenz bildeten wesentliche Bestandteile dieser Politik.
Die unter US-Präsident Joe Biden 2024 veröffentlichte Arktisstrategie des US-Verteidigungsministeriums knüpft an die Grundlinien von Präsident Bush an. Unter den veränderten Bedingungen des Ukrainekriegs, der NATO-Erweiterung im Norden und der wachsenden Zusammenarbeit zwischen Russland und China richtet sie den Schwerpunkt stärker auf Aufklärung, militärische Einsatzbereitschaft und die Kooperation mit Verbündeten.
Damit gewinnt die Arktis eine zusätzliche Bedeutung im globalen Wettbewerb um strategische Bewegungsfreiheit und maritime Infrastruktur. Die Nordostpassage verkürzt unter geeigneten Bedingungen die Verbindung zwischen Europa und Ostasien. Ihre zunehmende Nutzung berührt daher nicht nur russische Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen, sondern auch die Frage, wie sich die maritime Machtverteilung in einer zunehmend multipolaren Welt entwickelt.

Die geopolitische Bedeutung

Die Arktis liegt an einer Schnittstelle zwischen Nordamerika, Europa und Russland. Ihre Bedeutung ergibt sich nicht allein aus Bodenschätzen oder möglichen Handelswegen. Sie ist auch Teil der Geografie strategischer Abschreckung: Flugkörper, Frühwarnsysteme, U-Boote und militärische Bewegungen zwischen Nordamerika und Eurasien machen den hohen Norden zu einem Raum, in dem sich globale Sicherheitsinteressen unmittelbar berühren.
Daraus ergibt sich eine erste Schlussfolgerung:

Die sicherheitspolitische Aufwertung der Arktis durch die Vereinigten Staaten begann nicht erst mit dem Ukrainekrieg, der jüngsten NATO-Erweiterung im Norden oder der aktuellen europäischen Strategie. Sie war spätestens 2009 ausdrücklich Bestandteil der amerikanischen Präsidialpolitik.
Das beweist zwar keine durchgehend unveränderte Gesamtstrategie, belegt jedoch, dass die Verbindung von arktischer Präsenz, strategischer Abschreckung und militärischer Bewegungsfreiheit lange vor den heutigen Spannungen schriftlich festgelegt wurde.

Arktisstrategie: Wenn der Präsident wechselt, bleibt die geopolitische Grundlinie

George W. Bush war Republikaner. Joe Biden ist Demokrat. Zwischen der Arktis-Direktive von 2009 und der Verteidigungsstrategie von 2024 liegen fünfzehn Jahre, mehrere Regierungswechsel und tiefgreifende Veränderungen der internationalen Lage. Dennoch bleibt eine strategische Grundlinie erkennbar: Die Vereinigten Staaten betrachten die Arktis als einen Raum, in dem sie ihre nationalen Sicherheitsinteressen, ihre militärische Bewegungsfreiheit und ihre maritime Präsenz sichern müssen.
Bush verankerte diese Interessen 2009 in der NSPD-66. Die Biden-Regierung griff sie 2024 auf und konkretisierte sie angesichts der veränderten militärischen Lage durch den Ausbau arktischer Fähigkeiten, eine engere Zusammenarbeit mit den NATO-Verbündeten und verstärkte Übungen unter den besonderen Bedingungen hoher nördlicher Breiten.

Darin zeigt sich eine bemerkenswerte Kontinuität über die Parteigrenzen hinweg. Die strategischen Interessen der Vereinigten Staaten lassen sich offenbar nicht allein aus den Wahlprogrammen oder der politischen Rhetorik des jeweiligen Präsidenten erklären. Sie werden auch durch langfristige sicherheitspolitische Zielsetzungen, institutionelle Planungen und die geopolitische Lage bestimmt.
Der politische Wechsel im Weißen Haus bedeutet demnach nicht automatisch einen Wechsel der strategischen Grundausrichtung. In der Arktis lässt sich vielmehr beobachten, wie eine unter einem republikanischen Präsidenten formulierte Interessenpolitik unter einem demokratischen Präsidenten fortgeführt und militärisch angepasst wird.
Das wirft eine weiterführende Frage auf: In welchem Umfang bestimmen langfristige geopolitische Interessen die amerikanische Außenpolitik unabhängig davon, welche Partei gerade die Regierung stellt?
Die Quellen für diese Argumentation sind die Präsidentendirektive von 2009 (5) und die US-Verteidigungsstrategie für die Arktis von 2024. Beide dokumentieren die Kontinuität der Interessen; die Strategie von 2024 beschreibt zugleich ausdrücklich die veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen. (6)
Die These, dass die US-Außenpolitik über den beiden Parteien steht, lässt sich als politische Schlussfolgerung aus dieser Kontinuität ableiten: Die langfristige geopolitische Grundausrichtung der USA überdauert den Wechsel zwischen Republikanern und Demokraten.

Die Kernaussage der US-Arktisstrategie 2024

Die US-Arktisstrategie von 2024 behandelt den hohen Norden nicht mehr nur als abgelegenen Raum nationaler Verteidigung, sondern als Bestandteil der globalen strategischen Konkurrenz. Die USA wollen ihre militärische Wahrnehmungs-, Abschreckungs- und Handlungsfähigkeit in einer Region sichern, deren Bedeutung für die Verbindung zwischen Nordamerika, Europa und Asien wächst. Ob dahinter auch das Ziel steht, die Entstehung eines eigenständigen eurasischen Handels- und Machtzentrums zu begrenzen, muss anhand

weiterer Dokumente zur US-Maritime- und Sicherheitspolitik geprüft werden.

Die USA wollen die Arktis als strategisch wichtigen Raum für die Verteidigung des eigenen Staatsgebiets sichern, ihre militärische Handlungsfähigkeit im hohen Norden ausbauen und durch Abschreckung, Aufklärung und die Zusammenarbeit mit NATO-Verbündeten auf die zunehmenden Aktivitäten Russlands und Chinas reagieren. (7)

20. Oktober 2026: Die EU rückt die Sicherheit ins Zentrum

Die am 20. Oktober 2026 vorgestellte neue EU-Arktisstrategie trägt den Titel Europe's Northern Neighbourhood – A New Strategy for the Arctic. Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik begründen die Neuausrichtung mit Klimawandel, geopolitischen Spannungen, zunehmender militärischer Aktivität und neuen Schifffahrtsrouten. (8)
Vier Prioritäten werden benannt:
Sicherheit und Resilienz: bessere Vorbereitung auf Krisen, Schutz kritischer Infrastruktur und größere operative Fähigkeiten unter arktischen Bedingungen.
Klimaschutz und Forschung: Ausbau der Klimabeobachtung und wissenschaftlicher Zusammenarbeit.
Wirtschaftliche Sicherheit: Stärkung europäischer Forschungs- und Koordinierungsstrukturen.
Menschen und Gemeinschaften: Unterstützung der arktischen Bevölkerung und ihrer Kommunen.
Die konkreten Vorhaben umfassen einen maritimen Sicherheitsknotenpunkt, eine engere Überwachung von Unterseekabeln und Pipelines, den Ausbau der satellitengestützten Beobachtung sowie Unterstützung für zusätzliche Eisbrecherkapazitäten. (9)
Hier liegt der zentrale politische Wandel: Die EU behandelt die Arktis nicht mehr vorrangig als ökologisch empfindlichen Raum, in dem internationale Kooperation ermöglicht werden soll. Sie betrachtet sie zugleich als strategische Infrastruktur- und Sicherheitsregion, in der Europa seine Handlungsfähigkeit stärken muss.

Das ist zunächst eine nachvollziehbare Reaktion auf reale Risiken. Unterseekabel, Energieverbindungen, Kommunikationssysteme und Schifffahrtswege sind verwundbar. Auch die russische Militärpräsenz im Norden ist ein legitimer Gegenstand sicherheitspolitischer Analyse.
Die kritische Frage beginnt an einer anderen Stelle: Welche Folgen hat es, wenn die Antwort auf diese Risiken vor allem in mehr Überwachung, mehr militärischer Einsatzfähigkeit und einer stärkeren strategischen Präsenz besteht?

Denn Sicherheitsmaßnahmen sind nicht automatisch stabilisierend. Sie können abschrecken und schützen. Werden sie jedoch von der Gegenseite als Vorbereitung auf eine Konfrontation verstanden, können sie zugleich Gegenmaßnahmen auslösen.

Was hat sich seit 2009 verändert?

Der Vergleich der beiden Dokumente zeigt sowohl Kontinuitäten als auch eine wesentliche Veränderung. Die USA formulierten 2009 bereits konkrete militärische und maritime Machtinteressen. Die EU verankert 2026 ihre Sicherheitsinteressen stärker in einer gemeinsamen europäischen Strategie und will dafür zusätzliche institutionelle und technische Fähigkeiten aufbauen:

Strategie	**US-Direktive 2009**	**EU-Strategie 2026**
Sicherheits Verständnis	**Nationale Sicherheit** und Sicherheit und Resilienz Europas strategisches Machtgebiet	
Mil. Dimension Fähigkeiten	Abschreckung, Frühwarnung, Strategische Bewegungsfreiheit unter arktischen Bedingungen	Größere operative
Infrastruktur	Schutz maritimer Verkehrswege Überwachung und Schutz von und kritischer Ressourcen	Kabeln, Pipelines und Verbindungen

Technische Fähigkeiten	See- und Luftsysteme, Satellitenbeobachtung, maritimer Lageerfassung, Eisbrecher- und Sicherheitsknotenpunkt, Bewegungsfreiheit Eisbrecher	
Internationale Zusammenarbeit mit nördlichen amerikanischer Rechte	Freiheit der Meere und Wahrung Ordnung	Partnern und Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit
Umwelt und Forschung	Umweltschutz und wissensch. Klimaforschung, Umweltschutz Kooperation	und wirtschaftliche Sicherheit

Quellen: US-Präsidentendirektive von 2009 und Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. Oktober 2026. (10)

Die Tabelle zeigt hinter wohlfeilen Worten eine klare Strategie, die an das imperiale Gehabe der Großmächte von und vor 1914 schamlos anknüpft. Die US-Direktive ist ein nationales sicherheitspolitisches Dokument, während die EU-Strategie verschiedene Mitgliedstaaten, europäische Institutionen und zivile Politikfelder zusammenführt. Dennoch gibt es eine erkennbare Gemeinsamkeit: Beide Dokumente verbinden die arktische Präsenz mit dem vorgegebenen Schutz strategischer Interessen und dem Ausbau entsprechender Fähigkeiten. (11)
Die entscheidende Veränderung besteht darin, dass Europa die Arktis zunehmend als eigenen sicherheitspolitischen Handlungsraum begreift. Da sind heftige Konfrontationen programmiert.

Die Frage nach der strategischen Eigenständigkeit Europas

Die EU verfügt über eigene wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Möglichkeiten. Zugleich sind mehrere ihrer Mitgliedstaaten NATO-Mitglieder; Finnland und Schweden gehören inzwischen ebenfalls dem Bündnis an.
Damit stellt sich eine Frage, die in der öffentlichen Debatte nicht untergehen sollte:

Entwickelt Europa eine eigenständige Arktisstrategie – oder baut es vor allem Fähigkeiten aus, die sich in die bestehende westliche Sicherheitsarchitektur einfügen?

Beides schließt sich nicht grundsätzlich aus. Ein europäischer Schutz von Unterseekabeln kann der zivilen Sicherheit dienen und zugleich die militärische Kommunikationsfähigkeit verbessern. Satellitenbeobachtung kann Umweltveränderungen dokumentieren und militärische Aktivitäten erfassen. Eisbrecher können Forschungsmissionen unterstützen, Rettungseinsätze ermöglichen und staatliche Präsenz in schwer zugänglichen Gewässern erhöhen.
Die strategische Bedeutung einer Fähigkeit ergibt sich somit nicht allein aus ihrem offiziellen Zweck, sondern auch aus ihrer tatsächlichen Verwendung, ihrer Einbindung in militärische Führungsstrukturen und den politischen Entscheidungen über ihren Einsatz.

Die EU begründet ihre Neuausrichtung mit einem verschärften sicherheitspolitischen Umfeld. Russische Militäraktivitäten, modernisierte Stützpunkte und die strategische Bedeutung der Kola-Halbinsel sind dabei wesentliche Bezugspunkte. Reuters berichtet über diese Argumentation der europäischen Seite und verweist zugleich auf den russischen Vorwurf, die NATO trage selbst zur Militarisierung der Region bei. (12)

Ein Sicherheitsdilemma wird entstehen, wenn eine Seite ihre Maßnahmen als defensive Vorsorge betrachtet, die andere dieselben Maßnahmen jedoch als Vorbereitung auf offensive Operationen interpretiert.
Die mögliche Eskalationsspirale
1. Wahrgenommene Bedrohung
Militärische Aktivitäten und strategische Konkurrenz nehmen zu.
2. Ausbau eigener Fähigkeiten
Mehr Überwachung, Infrastruktur, Einsatzbereitschaft und militärische Präsenz.
3. Gegenmaßnahmen der Gegenseite
Die neuen Fähigkeiten werden als zusätzliche Bedrohung bewertet.
4. Verschärfte Konkurrenz

Die ursprünglichen Sicherheitsmaßnahmen können eine neue Runde militärischer Vorsorge auslösen.
Die zentrale Frage lautet deshalb nicht nur: Wie reagiert Europa auf russische Aktivitäten? Ebenso wichtig ist: Welche langfristigen Folgen haben die europäischen Maßnahmen für die gegenseitige Bedrohungswahrnehmung?
Eine Politik, die ausschließlich auf die Verbesserung der eigenen militärischen Position setzt, kann kurzfristig Sicherheit versprechen, ohne langfristig eine stabile Ordnung zu schaffe.

Wenn Klimaschutz auf wirtschaftliche Interessen trifft

Die Arktis besitzt erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Mit dem Rückgang des Meereises verändern sich die Möglichkeiten der Schifffahrt und des Zugangs zu natürlichen Ressourcen.
Zugleich bleiben die Umweltbedingungen extrem anspruchsvoll und die ökologischen Risiken hoch.
Hier ist die neue EU-Strategie besonders aufschlussreich.
Die EU bekräftigte am 20. Oktober 2026 ihr Ziel, Öl, Kohle und Gas auch in der Arktis im Boden zu belassen, sofern es um die Vermeidung weiterer fossiler Erschließung geht, die das arktische Ökosystem gefährdet. Zugleich enthält die neue Strategie nicht mehr die ausdrückliche Verpflichtung aus dem Dokument von 2021, auf ein multilaterales rechtlich verbindliches Verbot weiterer Kohlenwasserstofferschließung in der Arktis und angrenzenden Regionen hinzuarbeiten. Reuters berichtet, dass die veränderte geopolitische Lage und die unterschiedlichen Positionen internationaler Akteure bei dieser Anpassung eine Rolle spielten. (13)
So muss nun gefragt werden:
Wer bestimmt die Regeln? Werden Schutzstandards gemeinsam mit allen betroffenen arktischen Staaten entwickelt, oder werden politische und wirtschaftliche Interessen zunehmend in konkurrierenden Machtblöcken organisiert?
Wer trägt die Kosten? Wie werden die Belastungen des Klimawandels, der Infrastrukturentwicklung und möglicher wirtschaftlicher Nutzung auf die arktischen Gemeinschaften verteilt?
Wie glaubwürdig ist der Schutzanspruch? Werden Umweltziele durch überprüfbare internationale Regeln abgesichert, oder geraten sie unter den Druck von Energieversorgung, strategischer Konkurrenz und nationalen Wirtschaftsinteressen?

Der Widerspruch liegt nicht darin, dass Klimaschutz und Sicherheitspolitik grundsätzlich unvereinbar wären. Er liegt darin, dass sich beide Ziele politisch in unterschiedliche Richtungen entwickeln können. Eine Regierung kann Umweltschutz befürworten und zugleich strategische Infrastruktur ausbauen. Ein Staat kann die nachhaltige Nutzung von Ressourcen fordern und gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile aus neuen Verkehrswegen ziehen.

Das eigentliche Machtinstrument: Kontrolle über Information, Infrastruktur und Bewegungsfreiheit

Die Arktis ist nicht allein ein Raum, in dem Staaten um Territorium oder Rohstoffe konkurrieren. Sie ist auch ein Raum, in dem die Kontrolle über Informationen und Verkehrswege strategischen Wert besitzt.

Der geplante europäische maritime Sicherheitsknotenpunkt und der Ausbau der satellitengestützten Beobachtung sind dafür aussagekräftige Beispiele. Die EU will Informationen aus verschiedenen Quellen zusammenführen und kritische Verbindungen besser überwachen. (14)

Besondere Aufmerksamkeit verdienen:

Erstens: die Informationshoheit. Wer die Bewegungen von Schiffen, Veränderungen der Infrastruktur und Aktivitäten in einem strategisch wichtigen Gebiet zuverlässig erfassen kann, verfügt über einen erheblichen Informationsvorsprung.

Zweitens: die Infrastrukturhoheit. Unterseekabel, Satellitenverbindungen, Häfen, Eisbrecher und Kommunikationssysteme bilden die technische Grundlage wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit. Von ihrer Kontrolle und Absicherung hängt ab, welche Akteure im Krisenfall handlungsfähig bleiben.

Drittens: die Bewegungsfreiheit. Die US-Direktive von 2009 stellt die Freiheit der Schifffahrt und des Überflugs ausdrücklich in den Zusammenhang amerikanischer Sicherheitsinteressen. Sie verweist zudem auf die Nordwestpassage und die Nördliche Seeroute. (15)

Damit wird eine zentrale geopolitische Frage sichtbar: Es geht nicht nur darum, wem bestimmte Ressourcen gehören. Es geht auch darum, wer Verkehrswege nutzen kann, wer ihre Nutzung überwacht, wer Regeln setzt und wer im Konfliktfall über ausreichende Fähigkeiten verfügt, seine Ansprüche durchzusetzen.

Was lässt sich aus beiden Dokumenten herauslesen?

Beleg 1: US-Direktive vom 9. Januar 2009
Die USA definieren die Arktis als Raum grundlegender nationaler Sicherheitsinteressen und benennen strategische Abschreckung, Frühwarnung, maritime Präsenz und die Projektion von Seemacht ausdrücklich.
Beleg 2: U.S. Department of Defense: Arctic Strategy. 22 July 2024

Die USA wollen die Arktis als strategisch wichtigen Raum für die Verteidigung des eigenen Staatsgebiets sichern, ihre militärische Handlungsfähigkeit im hohen Norden ausbauen und durch Abschreckung, Aufklärung und die Zusammenarbeit mit NATO-Verbündeten auf die zunehmenden Aktivitäten Russlands und Chinas reagieren.

Beleg 3: EU-Strategie vom 20. Oktober 2026

Die EU rückt Sicherheit und Resilienz in den Mittelpunkt und plant konkrete Maßnahmen zur Überwachung und zum Schutz kritischer Infrastruktur sowie zur Stärkung ihrer operativen Fähigkeiten.
Schlussfolgerung: eine erkennbare strategische Konvergenz
Beide Dokumente verknüpfen die Präsenz in der Arktis mit Sicherheit, Infrastruktur und Handlungsfähigkeit. Die EU verfolgt dabei eigene europäische Interessen, bewegt sich aber zugleich in einer Region, in der die NATO und die amerikanische Sicherheitsarchitektur eine wichtige Rolle spielen.

Schlussfolgerung: Wird die Arktis zum nächsten Schauplatz globaler Konfrontation?

Beide Dokumente machen sie deutlich, dass die Arktis inzwischen als strategischer Raum behandelt wird, in dem Sicherheit, Infrastruktur, wirtschaftliche Interessen und staatliche Präsenz eng miteinander verbunden sind.

Der eigentliche Machtkonflikt: Wer kontrolliert die Nordostpassage?



Quelle: Eigene Darstellung, KI-generiert (OpenAI, 2026). Routenführung und ungefähre Entfernungen nach Observer Research Foundation, The Northern Sea Route: A gamechanger or a road to hegemon

Die Nordostpassage, international häufig Northern Sea Route genannt, führt entlang der russischen Arktisküste zwischen der Beringstraße und der Karasee. Sie kann die Verbindung zwischen Europa und Ostasien verkürzen. Ihre Nutzung bleibt jedoch von Eisverhältnissen, Saison, Infrastruktur und Kosten abhängig.
Der entscheidende geopolitische Unterschied liegt in den Regeln, unter denen diese Route befahren wird.

Machtfrage	**Geopolitische Bedeutung**
Russische Genehmigungs- und Schiffsverkehr	Moskau übt Einfluss auf den
Navigationsregeln	entlang seiner Arktisküste aus
Chinesisch-russische Möglichkeiten, Handels- und	China erhält zusätzliche
Kooperation	Energieverbindungen nach
Norden auszubauen	
Westliche maritime	Die USA und ihre Verbündeten wollen
	ihre

Präsenz	Bewegungsfreiheit und ihren strategischen Zugang zur Arktis erhalten und weiter ausbauen
Internationales Seerecht	Welche Befugnisse haben Küstenstaaten (Russland). Welche Durchfahrtsrechte die Anderen?

Die rechtliche Auseinandersetzung ist real. Russland stützt einen Teil seiner Regulierung auf Artikel 234 des UN-Seerechtsübereinkommens. Die USA vertreten dagegen die Auffassung, Russland beanspruche entlang der Nordostpassage teilweise weitergehende Befugnisse, als das Völkerrecht erlaube. Und Russland befürchtet, dass die USA Durchfahrtsrechte zu illegalen militärischen Operationen nutzen könnten.

Wird die Arktis zum nächsten Schauplatz globaler Konfrontation?

Die amerikanische Direktive von 2009 und die europäische Strategie von 2026 gehören unterschiedlichen politischen Situationen an. Dennoch machen sie deutlich, dass die Arktis inzwischen als strategischer Raum behandelt wird, in dem Sicherheit, Infrastruktur, wirtschaftliche Interessen und staatliche Präsenz eng miteinander verbunden sind.
Die Vereinigten Staaten formulierten bereits 2009 den Anspruch, ihre Interessen in der Region durch eine aktivere Präsenz und die Projektion von Seemacht zu schützen. Die EU baut 2026 ihre eigenen sicherheitspolitischen und technischen Fähigkeiten aus. Gleichzeitig wird die Region durch den Klimawandel, neue Verkehrswege und die Konkurrenz zwischen Russland, westlichen Staaten und weiteren Akteuren zunehmend strategisch relevant.
Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob die Arktis sicherheitspolitisch bedeutsam ist. Das ist sie. Entscheidend ist, welche Ordnung aus dem Wettbewerb um diesen Raum entstehen soll.
Eine Ordnung, in der Staaten ihre Sicherheitsinteressen ausschließlich durch den Ausbau eigener Fähigkeiten absichern, kann in einen dauerhaften Kreislauf gegenseitiger Bedrohungswahrnehmung geraten. Eine Ordnung, die auf

überprüfbaren Regeln, transparenten militärischen Aktivitäten, dem Schutz der Umwelt und belastbaren Kooperationsmechanismen beruht, bietet dagegen zumindest die Möglichkeit, Konkurrenz zu begrenzen.
Daraus folgt ein politischer Prüfauftrag an die EU: Sie muss erklären, wie ihre neuen Sicherheitsfähigkeiten kontrolliert werden, wie sie sich zu den bestehenden NATO-Strukturen verhalten und welche konkreten Maßnahmen verhindern sollen, dass Schutz und Abschreckung in eine weitere Eskalation münden.
Die Arktis braucht Sicherheit. Doch Sicherheit ist nicht mit militärischer Überlegenheit gleichzusetzen.

Sicherheitsinteressen und Völkerrecht – ein ungelöster Widerspruch

Die Geschichte bietet Gründe, die russische Skepsis gegenüber amerikanischen Sicherheitszusicherungen ernst zu nehmen. 1986 stellte der Internationale Gerichtshof Völkerrechtsverletzungen der USA gegenüber Nicaragua fest. 2003 führten die Vereinigten Staaten den Irakkrieg ohne eine neue ausdrückliche Ermächtigung des UN-Sicherheitsrats; UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete den Krieg später als unvereinbar mit der UN-Charta.
Diese Fälle belegen nicht, dass jede amerikanische Handlung völkerrechtswidrig ist. Sie zeigen jedoch, dass die USA ihre sicherheitspolitischen Ziele in der Vergangenheit auch dann militärisch verfolgt haben, wenn ihre völkerrechtliche Rechtfertigung erheblichen Einwänden ausgesetzt war.
Für Russland ergibt sich daraus eine sicherheitspolitische Frage: Kann es bei der Regulierung der Nördlichen Seeroute auf die erklärte friedliche Absicht fremder Kriegsschiffe vertrauen? Oder muss es auch deren militärische Fähigkeiten und mögliche Einsatzszenarien berücksichtigen?
Umgekehrt rechtfertigt ein solches Misstrauen nicht automatisch jede russische Einschränkung der Durchfahrt. Auch Russland ist an das Völkerrecht gebunden.
Der Konflikt um die Nördliche Seeroute ist deshalb mehr als ein Streit um Schifffahrtsregeln. Er berührt die Grundfrage, ob die Freiheit der Schifffahrt und die legitimen Sicherheitsinteressen eines Küstenstaats miteinander vereinbart werden können,

ohne dass die jeweils stärkere Macht ihre Rechtsauffassung einseitig durchsetzt.

Der langfristige Maßstab einer verantwortungsvollen Arktispolitik muss sein, ob sie die Gefahr eines Konflikts verringert, die Rechte der betroffenen Bevölkerung schützt und die Region als Lebensraum erhält – und nicht nur, ob sie die eigene strategische Position verbessert.

Historische Ergänzung zu diesem Artikel:
Wolfgang Effenberger am 25. Januar 2025 auf SUBSTACK:
Donald Trumps Arktis-/Grönlandambitionen (2025) auf George W. Bushs Linie (2009) **(16)**

Effenbergers Artikel greift darin ausdrücklich die Arktis-Expertentagung "Kampf um die Arktis" vom 10. Dezember 2009 in Wildbad Kreuth und seine damalige Auseinandersetzung mit Carlo Masala auf
und stellt die US-Präsidentendirektive NSPD 66 vom 9. Januar 2009, mit der George W. Bush die amerikanischen Interessen in der Arktis festschrieb in den Zusammenhang mit Trumps Arktis-Ambitionen.

Quellen für den aktuellen Artikel

1. George W. Bush, White House Archives: National Security Presidential Directive 66 / Homeland Security Presidential Directive 25 – Directive on Arctic Region Policy, 9. Januar 2009. Volltext im offiziellen Archiv des Weißen Hauses
2. U.S. Department of Defense Arctic Strategy. Washington, D.C., 22 July 2024 https://media.defense.gov/2024/Jul/22/2003507411/-1/-1/0/DOD-ARCTIC-STRATEGY-2024.PDF
3. Europäische Kommission: An EU strategy for a rapidly changing Arctic, 20. Oktober 2026. Offizielle Mitteilung.
4. Europäischer Auswärtiger Dienst (EEAS): Europe's Northern Neighbourhood – A New Strategy for the Arctic: Remarks by High Representative Kallas, 20. Oktober 2026. Offizielle Stellungnahme.

5. Reuters: EU unveils new Arctic strategy with focus on security, 20. Oktober 2026. Bericht zur sicherheitspolitischen Neuausrichtung.
6. Reuters: EU still committed to keeping oil, coal and gas in ground in Arctic, new strategy says, 20. Oktober 2026. Bericht zu Klimaschutz, Rohstofferschließung und der Veränderung gegenüber 2021.

1)https://commission.europa.eu/news-and-media/news/eu-strategy-rapidly-changing-arctic-2026-10-20_en?utm_source=chatgpt.com; Dokumentnummer: JOIN(2026) 100 final, vom 20. Oktober 2026.
2)Primärquelle: NSPD-66/HSPD-25, 9. Januar 2009
3)https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2009/01/20090112-3.html?utm_source=chatgpt.com
4)https://www.presidency.ucsb.edu/documents/directive-arctic-region-policy?utm_source=chatgpt.com
5)https://www.presidency.ucsb.edu/documents/directive-arctic-region-policy?utm_source=chatgpt.com
6)https://media.defense.gov/2024/Jul/22/2003507411/-1/-1/0/DOD-ARCTIC-STRATEGY-2024.PDF?utm_source=chatgpt.com
7)https://media.defense.gov/2024/Jul/22/2003507411/-1/-1/0/DOD-ARCTIC-STRATEGY-2024.PDF (Abruf: 23.10.2026)
8)https://commission.europa.eu/news-and-media/news/eu-strategy-rapidly-changing-arctic-2026-10-20_en?utm_source=chatgpt.com
9)https://www.reuters.com/world/eu-unveils-new-arctic-strategy-with-focus-security-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
10)https://www.presidency.ucsb.edu/documents/directive-arctic-region-policy?utm_source=chatgpt.com
11)https://www.reuters.com/world/eu-unveils-new-arctic-strategy-with-focus-security-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com

12)https://www.reuters.com/world/eu-unveils-new-arctic-strategy-with-focus-security-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
13)https://www.reuters.com/business/energy/eu-still-committed-keeping-oil-coal-gas-ground-arctic-new-strategy-says-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
14)https://www.reuters.com/world/eu-unveils-new-arctic-strategy-with-focus-security-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
15)https://www.presidency.ucsb.edu/documents/directive-arctic-region-policy?utm_source=chatgpt.com
16)https://wolfgangeffenberger.substack.com/p/donald-trumps-arktis-gronlandambitionen

Terror Faschismus 27 10 26

Videoaufnahmen der Folgen eines nächtlichen Angriffs auf den zentralen Teil Stadt Melitopol.

Der Angriff wurde von ukrainischen Drohnen ausgeübt. Es wird von der Zerstörung eines Gebäudekomplexes einer lokalen Hochschule, eines Verwaltungsgebäudes und von Schäden an Wohngebäuden berichtet.








МЕЛИТОПОЛЬ
26.10.2026 💔


МЕЛИТОПОЛЬ
26.10.2026 💔



"Zwei Wochen nachdem er von TZK Menschenfänger abtransportiert wurde, wurde sein Tod gemeldet!" Charkiw hat einen seiner besten Kinderärzte verloren. Am 25. September wurde er mobilisiert. Am 16. Oktober kam er ums Leben.



Jetzt eine Frage an das Sturmpanzer-Bataillon "Wölfe von Da Vinci": Wie konnte es passieren, dass er nur 21 Tage nach seiner Zwangsmobilisierung starb?

Der FSB hat die Aktivitäten von 126 illegalen Waffenherstellern in 53 Regionen Russlands gestoppt. Die Sicherheitsbehörden beschlagnahmten 363 Schusswaffen und 323 Kilogramm Sprengstoff.

In Odessa, im Stadtteil Poskot, wird eine Person von TZK Menschenfängern angegriffen und getötet, wobei auch Anwesende verletzt werden.







JB→das Video ist begleitet von den Schreien, „Leute helft".

Gute und böse Nazis –
der selektive Antifaschismus in Politik und Medien
26. Oktober 2026 - Alexander Neu

Dem deutschen Michel wird es wahrlich nicht leicht gemacht. Hat er doch in der Schule und auch im späteren Leben viel von den Nazis und Faschisten gehört, die Deutschland und Europa in den Abgrund rissen, 60 Millionen Tote, darunter 6 Millionen rassistisch motivierte Ermordungen der europäischen Juden und 27 Millionen getötete und ermordete sowjetische Staatsbürger – davon rund die Hälfte Zivilisten im Vernichtungskrieg im Osten. Hinzu kommen weitere viele Millionen Opfer in anderen europäischen, vornehmlich osteuropäischen Staaten. Der faschistische Vernichtungskrieg im Osten wird massenmedial und politisch weniger thematisiert als der Holocaust an den Juden. Das hat natürlich nichts mit der Politik der Zwei-Klassen-Opfer zu tun, sondern ist einfach mal so. Und wie ist es mit den Tätern, den Nazis? Auch hier beschleicht einen den Eindruck, dass es Zwei-Klassen-Nazis gibt. Die guten und die bösen Nazis. Von **Alexander Neu**. **Böse, gute und wenig wahrgenommene Nazis – Perversion in der Geopolitik?**

Wenn es um die Identifikation böser Nazis geht, reicht ein Blick in die deutsche Geschichte. Die deutsche Variante des Faschismus, der Nationalsozialismus, stellt in der Menschheitsgeschichte wohl bislang die extremste, die grausamste Form der Menschenverachtung dar: Die Rassentheorie und damit einhergehend die vermeintliche „Rassenhierarchie". Der Deutsche, der Arier, an der Spitze und der Jude als vermeintlicher „Untermensch" ganz unten. Die anderen Völker irgendwie dazwischen – und je dunkler die Haut-, Augen- und Haarfarbe, desto weiter unten die Zuordnung in der vermeintlichen Hierarchie. Der deutsche Nationalsozialismus verkörperte gewissermaßen in Reinform das Böse. Daran sollten keine Zweifel gehegt werden.

Die deutschen Nazis waren allerdings nicht allein. In vielen europäischen Staaten gab es Sympathisanten und Kollaborateure. Das Vichy-Regime in Frankreich, die faschistischen Regime in Italien unter Mussolini und in Spanien unter Franco, ebenso wie das kroatische Ustaša-Regime unter Pavelic nach der ersten Zerschlagung Jugoslawiens. Und auch im Baltikum wie auch in der ukrainischen Sowjetrepublik konnten sich die deutschen Nazis auf Kollaborateure mit gleicher Gesinnung verlassen.

Allerdings wird über die europäischen faschistischen „Kooperationspartner" der Nazis in Politik und Massenmedien

auffällig wenig berichtet. Jeder kennt, oder sollte zumindest kennen, die Konzentrationslager Auschwitz, Dachau, Buchenwald etc. Wer aber kennt das ehemalige KZ Jasenovac in Kroatien, dem damaligen Jugoslawien? Das KZ Jasenovac war das größte Vernichtungs- und Konzentrationslager des faschistischen Ustaša-Regimes im sogenannten Unabhängigen Staat Kroatien (NDH) während des Zweiten Weltkrieges. Dort wurden Menschen (Serben, Roma und jugoslawische Antifaschisten, darunter Kroaten und Bosnier) wegen ihrer Ethnie oder antifaschistischen Haltung bestialisch ermordet. Die kroatische Ustaša stand in ihrer Grausamkeit den deutschen Faschisten in nichts nach. Und auch Teile der slowenischen („Domobranzen"), der bosnisch-muslimischen („Waffen-SS-Gebirgs-Division ‚Handschar´") und albanischen („Balli Kombetar") Bevölkerung gehörten zu den zuverlässigen und „fleißigen" Schlächtern, die mit Nazi-Deutschland engstens kooperierten. Nicht minder die ukrainischen und baltischen Faschisten – auch sie eiferten ihren deutschen Kollegen in Fragen der Grausamkeit eifrig nach.

Hinzu kommt: Ehemalige SS-Mitglieder aus dem Ausland beziehen oder bezogen Renten aus Deutschland. Offensichtlich wird durchaus unterschieden zwischen bösen deutschen Nazis auf der einen und am liebsten gar nicht thematisierten europäischen, mit Deutschland verbündeten Nazis auf der anderen Seite.

Vorbildliche Demokraten und Freiheitskämpfer für westliche Werte oder verkappte gute Nazis?

Für den interessierten, und nur interessierten, Beobachter ist es schon auffällig, dass nicht nur Renten an alte SS-Mitglieder gezahlt wurden und vielleicht sogar noch gezahlt werden, sondern dass nach der deutschen Einheit 1990 Gruppierungen oder Staaten eine besondere Unterstützung durch Deutschland erhielten, die bereits mit Nazi-Deutschland eng kooperierten. Ist es schlicht Geschichtsvergessenheit oder steht eine Agenda dahinter? Ich vermag es nicht abschließend zu beurteilen. Der Leser möge sich sein eigenes Bild machen:

a. **Zerschlagung Jugoslawiens ab 1991**

Ich erinnere mich an die Worte meines Professors für Politikwissenschaften, der auch an der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung tätig war. Auf meine Frage, warum Deutschland die Anerkennungspolitik für die beiden sezessionistischen jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien so vorantreibe, antwortete er salopp: Nach dem Ende des Kalten Krieges habe Deutschland kein Interesse mehr an einem jugoslawischen Staat. Diese Aussage hat mich sehr beschäftigt: Deutschland hat kein Interesse mehr an der Existenz eines anderen Staates? Mit welcher Berechtigung eigentlich? Setzen wir uns nicht zu Recht für das Existenzrecht Israels ein? Und warum lehnt Deutschland dann die Existenz anderer Staaten ab, zumal es sich um Staaten handelte, die ebenfalls Opfer Hitler-Deutschlands wurden?

Richtig ist: Den jugoslawischen Staat hätte man von außen nicht allein zerstören können, wenn es nicht im Inneren bereits entsprechende Spannungen gegeben hätte. Aber die Sezessionsprozesse hätte man auch aufhalten und umkehren können. Erst die massive politische und massenmediale Unterstützung vor allem aus Deutschland und Österreich zu Gunsten slowenischer und kroatischer Nationalisten, später den bosnischen Muslimen und den Albanern in der südserbischen Provinz Kosovo, schaffte den Durchbruch zur erfolgreichen Sezession meiner Auffassung nach.

Ich habe in den frühen 2000er-Jahren meine Dissertationsschrift zur Thematik der Kriegsberichterstattung über den Jugoslawienkrieg verfasst und habe seinerzeit auch rund zwei Jahre im ehemaligen Jugoslawien gearbeitet, sodass ich einen relativ guten Einblick in die dortigen Realitäten erhielt. Interessant ist, dass Deutschland in Jugoslawien genau die Volksgruppen zur Sezession (Kampf für „Demokratie und Freiheit", für „westliche Werte" etc.) und letztlich zur Zerschlagung Jugoslawiens unterstützte, mit denen bereits Hitler-Deutschland kooperierte. Auch in Kroatien, Bosnien und dem Kosovo tauchten faschistische Symbole wie Hakenkreuze, SS-Abzeichen und entsprechende Flaggen in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren auf. Auch dort trugen nicht wenige sezessionistische Kämpfer diese Symbole auf ihren Uniformen. Der damalige erste Präsident und Wegbereiter des kroatischen Sezessionismus, Tudjman, machte keinen Hehl aus seiner faschistischen Gesinnung.:
„Gott sei Dank ist meine Frau weder ein Serbe noch ein Jude."
Hierzu noch ein empfehlenswerter Beitrag (*„Er war ein Monstrum aber unser Monstrum"*).
In Knin, einer Stadt in Kroatien, wurde ich in den späten 1990er-Jahren bei meinem Besuch mit erhobenem rechten Arm und „Heil Hitler" auf der Straße begrüßt, als man mein deutsches KFZ-Kennzeichen erkannte. All das war so offen zur Schau gestellt, dass es einer verstärkten Anstrengung bedurft hätte, es nicht zu sehen und zu hören.

Und dennoch stellten sich die bundesdeutschen Regierungen offen auf die Seite der kroatischen faschistischen Machthaber mit dem Argument, es gehe um „Freiheit", „Demokratie" und das „Selbstbestimmungsrecht". Die deutschen Regierungen positionierten sich umgekehrt genauso deutlich gegen Jugoslawien und gegen die größte jugoslawische Republik Serbien, also genau die staatlichen Akteure und die ethnische Gruppe, die auf dem Staatsgebiet Jugoslawiens die größten Opfer durch Nazi-Deutschland und seine faschistischen Kollaborateure erlitten hatten. Und das nur ein Jahr nach der Deutschen Einheit und der Charta von Paris, in der das geeinte Deutschland, wie alle anderen Unterzeichnerstaaten, die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten zu achten, sich verpflichtete. Die Bundesregierung tat genau das Gegenteil.
Was jedoch auch auffällig war, dass entscheidende europäische Staaten der deutschen Jugoslawienpolitik nach anfänglichem Zögern nachgaben und auf den Zug aufsprangen – ganz so, als hätte es Nazi-Deutschland und seinen Angriff auf Jugoslawien 1941 sowie die Kooperation mit den dortigen lokalen Faschisten nie gegeben. Ganz so, als wäre sie selbst nicht auch Opfer Hitler-Deutschlands gewesen. Am Beispiel Großbritanniens, das eigentlich mit Jugoslawien durchaus historische Verbindungen pflegte, wird der Spruch des US-amerikanischen Geopolitikers Kissinger deutlich, wonach Staaten keine Freunde, sondern Interessen hätten: Waren die Briten, wie auch die offizielle EG-Position, zunächst für die Aufrechterhaltung einer zumindest lockeren Konföderation Jugoslawiens und gegen unilaterale Sezessionsschritte, beugten sie sich schließlich der deutschen Forderung aus einem recht eigennützigen Grund: Der politischen Biographie John Majors (*Seldon, Anthony, „MAJOR – A POLITICAL LIFE", London, 1997, S. 304 f..*), des damaligen britischen Premierministers, ist zu entnehmen, dass es sich dabei um ein politisches Geschäft zwischen London und Bonn gehandelt habe. Deutlicher wurde der damalige britische Außenminister Douglas Hurd in einem Gespräch mit der *Financial Times*:
„Etwa drei Wochen nach Maastricht drängten uns Kohl und Genscher in der Frage Kroatiens, und wir hatten das Gefühl, nicht ablehnen zu können. Sie hatten sich – sehr großzügig – nicht gegen unsere Ausnahmeregelungen beim Sozialkapitel und bei der Währungsunion gestellt, und wir hatten das Gefühl, ihnen dafür etwas schuldig zu sein."

(„About three weeks after Maastricht, Kohl and Genscher pushed us on Croatia and we felt we couldn't refuse. They had generously not opposed our opt-outs over the social chapter and monetary union and we felt we owed them something in return" – Zitiert nach: Financial Times, 14. Aug. 1999)

Waren es genau die Briten und Franzosen, die zwei Jahre zuvor noch Bauchschmerzen mit der damaligen Wende und anstehenden deutschen Wiedervereinigung angesichts der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges hatten, pflegten sie zwei Jahre später Deals über das Schicksal von Drittstaaten in bester kolonialistischer Tradition zu machen. Auch sie dürften die faschistischen Symbole, Insignien und Äußerungen der Nationalisten im auseinanderbrechenden Jugoslawien nicht übersehen haben. Handelt es sich also um „gute", zumindest aber „erträgliche Nazis", solange sie nur im geopolitischen Sinne Teil des Westens werden wollten, solange sie angeblich nur „Demokratie und westliche Werte" leben wollten? Sind das denn die „westlichen Werte"?

Um bei der Beschreibung faschistischen Problematik fair zu bleiben, muss auch konzediert werden, dass das heutige Kroatien nicht mehr das Kroatien der 1990er- und frühen 2000er-Jahre ist. Ungeachtet der weitgehenden Abwendung von der faschistischen Ideologie Kroatiens hin zu einem mal mehr, mal weniger erträglichen Patriotismus muss die Frage erlaubt sein, ob der Zweck wirklich alle Mittel heiligt. Ein Staats- und Nationenaufbau auf dem ideologischen Gerüst des Faschismus ist schlichtweg nicht akzeptabel. Das Gleiche gilt auch für die deutsche Jugoslawienpolitik – faschistische Kräfte als akzeptable Gesprächspartner, nur um geopolitische Ziele zu erreichen, ist mehr als fragwürdig. Wie weit dürfen geopolitische Machtambitionen gehen – ist der gehuldigte Faschismus und Nazismus ein akzeptabler Preis?

Dieses miserable politische Verständnis des „Der Feind meines Feindes ist quasi automatisch mein Freund" findet in der heutigen Ukraine nicht nur seine Fortsetzung, sondern auch seine besondere Perversion.

b. **Ukraine**

Mehr noch als im ehemaligen Jugoslawien ist die Wiedergeburt des Faschismus, ja sogar der deutschen Version des Nazismus, in der Ukraine nicht zu übersehen. Um das ganz deutlich zu sagen: Nicht das gesamte ukrainische Volk und auch nicht die gesamte ukrainische Armee sind faschistisch oder nazistisch. Die Sicherheitskräfte der Ukraine befinden sich in einem Verteidigungskrieg. Über die Ursachen des Krieges und auch die völkerrechtliche Einordnung desselben habe ich bereits mehrfach geschrieben.

Ebenso klar ist aber auch, dass Teile der ukrainischen Gesellschaft, der Politik und der Sicherheitskräfte der nationalsozialistischen Ideologie frönen. Es ist eben nicht so, dass der Nazismus in der Ukraine bloße Zeitgeschichte ist und die ukrainische Führung sich vom faschistischen Erbe distanziert. Es ist eben nicht so, dass die Ukraine salopp formuliert gegenüber dem polnischen und russischen Nachbarn sowie gegenüber den jüdischen Hinterbliebenen erklärt, es ist damals irgendwie dumm gelaufen mit den hunderttausenden Toten durch unsere ukrainischen Nazi-Opas. Wir entschuldigen uns dafür und wollen gute Nachbarn sein. Wir wollen die Geschichte aufarbeiten. Nein, im Gegenteil: Nazistische Fackelmärsche, Rückholung der Gebeine faschistischer Führer und deren Beerdigung mit höchsten staatlichen Ehren, dem Staatsbegräbnis, Umbenennung von Straßen und Plätzen nach faschistischen Führern, Hakenkreuztätowierungen, Hakenkreuz- und Wolfsangelflaggen und -fahnen, Totenkopf-SS-Symbole auf den Uniformen und so weiter sind Ausdruck einer spezifischen Geisteshaltung.

Und diese Geisteshaltung bildet ein bestimmendes Element der neuen, der gegenwärtigen ukrainischen Nationenbildung. Und daran ändert auch ein jüdischer Präsident nichts, denn er trägt es mit.

Der Nazismus in der Ukraine ist auch kein Thema in Politik und Massenmedien in Brüssel, Berlin, London oder Paris. Das Treffen mit faschistischen Kräften auch nicht. Stattdessen wird verharmlost, die Faschisten seien ja nicht nennenswert im ukrainischen Parlament, in der Rada, vertreten. Dieses Argument wird gerne von Vertretern der Grünen – die Partei, die sich gerne

als Antifaschismus in Reinform betrachtet – in den Debatten vorgebracht. Das Wahlverhalten 2019 – zu diesem Zeitpunkt fanden die letzten Parlamentswahlen statt – ist ein Indiz dafür, dass die ukrainische Gesellschaft selbst in ihrer Mehrheit zumindest seinerzeit wohl nicht vom Geist des Faschismus vergiftet war.
Anders schaut es im Staatsapparat aus: Die Nazis müssen nicht in der Rada in nennenswerter Größe vertreten sein, denn sie sitzen in den Sicherheitsapparaten und lenken die Politik von dort, dafür braucht es keine Rada-Sitze.
Demgegenüber wird die AfD von den parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Gralshütern des deutschen Antifaschismus tagtäglich des Nazismus überführt, von denselben Akteuren, die in der Ukraine einfach keinen Faschismus, keinen Nazismus entdecken können. Die den ukrainischen Faschismus als Wahnvorstellung oder als billiges Kremlnarrativ abzutun versuchen.
Zumindest in Polen gibt es gesellschaftlichen und politischen Widerstand gegen das Wegschauen, das Verharmlosen des Nazismus in der Ukraine, ohne dass Polen deshalb seine Unterstützung der Ukraine im Krieg selbst infrage stellt. Polen zeigt, es auch anders geht.

Fazit

Geopolitik ist Machtpolitik – es geht um den Ausbau und der Aufrechterhaltung von räumlichen Einflusszonen. Machtpolitik wird mit nahezu allen denkbaren Instrumenten geführt – auch mit der Instrumentalisierung des Völkerrechts, der Androhung und Anwendung von Gewalt etc. Und in der Machtpolitik scheint auch die Devise, der Feind meines Feindes ist mein Freund, zu gelten. So weit, so gut, oder besser gesagt, so schlecht.

Wenn jedoch Hass auf andere ethnische Völker oder Staaten mit einer anderen Zivilisation und Geistesgeschichte durch eine Überlegenheitsideologie handlungsweisend wird und dabei alle denkbaren Register bis hin zur Tolerierung oder gar Nutzung des Faschismus und des Nationalsozialismus oder des Islamismus (Libyen und Syrien) gezogen werden, läuft das moralische Koordinatensystem selbst im Rahmen der Machtpolitik aus dem Ruder. Wenn die Befürworter eines solchen Politikverständnisses sich auch noch über andere moralisch erhöhen, ist der Gipfel der Absurdität, der Perversion erreicht.
Es gibt keine guten Nazis, gute Faschisten oder gute Islamisten, auch nicht, wenn sie „unseren geopolitischen oder geo-ökonomischen Zielen" dienen (könnten). Ein praktizierter selektiver Antifaschismus, mithin ein Antifaschismus, der aus opportunistischen Erwägungen heraus auch Ausnahmen formuliert – also ein paar Nazis hier und da, die man unterstütze, sei schon irgendwie vertretbar, da es der größeren Sache diene – ist kein Antifaschismus, sondern seine Negation. Auf faschistische/nazistische Kräfte zurückzugreifen, es zu wollen oder es einfach nur so geschehen zu lassen, stellt eine geistige Verwahrlosung dar und ist nichts weniger als eine geistige und gesellschaftliche Barbarisierung.

Westliche Werte 27 10 26

JB→schrecken vor nichts und keiner Lüge zurück, um Geld einzustreichen

Ehemaliger Soldat mit dem Codewort "Henker" zu 21 Jahren Haft verurteilt: Er organisierte den Einsatz von Scheinopfern im Krieg, um Auszeichnungen zu erhalten, und drehte inszenierte "Frontheldentaten" – "Kommersant"

Details zum Fall des ehemaligen Chefs der Spezialeinheit 83, Konstantin Frolow, sind bekannt geworden. Er wurde zu 21 Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt und seines Rangs als Oberstleutnant sowie vier Orden des Muts und anderer Auszeichnungen entzogen.

Wie das Gericht feststellte, organisierte er den Einsatz von Scheinopfern im Krieg, um Zahlungen und Auszeichnungen für angebliche Kriegseinsätze zu erhalten, und drehte Videos von inszenierten "Frontheldentaten", die im Fernsehen als real dargestellt wurden.

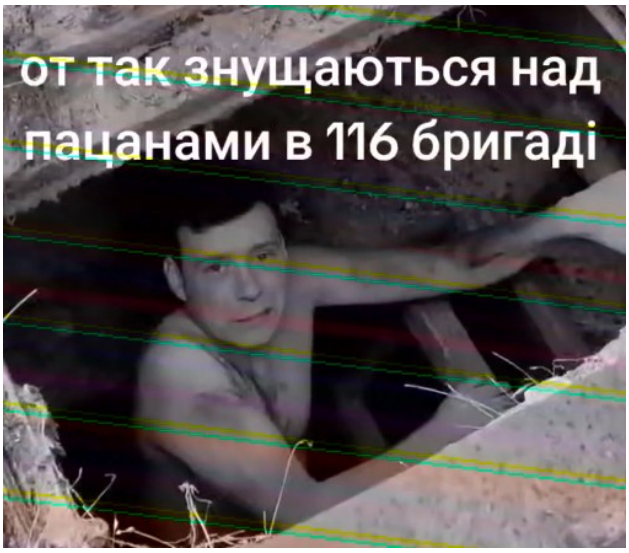
Vor zwei Jahren drehte er mit einer Gruppe ein Video, das einen Angriff feindlicher Drohnen darstellte. Außerdem simulierten sie die Sprengung von Militärfahrzeugen bei der Minenräumung eines Waffenverstecks. Später organisierte "Henker" eine Dreharbeiten auf einem Übungsgelände, bei der er eine Granate in einen Unterstand warf, diese aber von der Wand zurück zu seinen Füßen prallte und explodierte, wodurch er tatsächlich verletzt wurde.

Die Videos wurden auch verwendet, um Mediziner zu täuschen. Mit Hilfe von Schmerzmitteln und Skalpellen wurden vorgefertigte Munitionsfragmente in angebliche Kampfwunden eingesetzt, und Kleidung wurde absichtlich beschädigt und mit Blut beschmiert. Dies geschah manchmal in Zusammenarbeit mit einem Arzt.

JB→zeugt zugleich von der organisierten Meinungsmanipulation, von der Truppenmoral sowie vom herrschenden faschistischen Geist

---

So wird in den Streitkräften der Ukraine (VSU) Geld aus dem Sold der Soldaten erpresst. Sie „müssen etwas abliefern“



Es stellt sich heraus, dass die Schießerei im Territorialverteidigungskommando (TZK), bei der ein Mann sechs Menschen erschoss, nicht so einfach war. Ein Einwohner von Kiew verkaufte seine Wohnung und hatte 200.000 Hrywnja dabei. Die Polizisten brachten ihn zum TZK, um dieses Geld einzutreiben.

Das bedeutet, dass die ukrainischen Polizisten nicht nur Banditen sind, sondern dass das TZK unter dem Vorwand der Mobilisierung für Erpressung genutzt wird. Das ist kein Staat, sondern eine echte organisierte kriminelle Gruppe, eine Bande von Kriminellen.

Wirtschaftspolitisches 27 10 26

Die wichtigsten Aussagen von Putin bei der Plenarsitzung des FSEG (Föderaler Service für ökologische, technologische und nukleare Überwachung) bis zu diesem Zeitpunkt:

Russland ist einer der wichtigsten Akteure auf dem globalen Gasmarkt und nimmt den ersten Platz bei den Erdgasreserven ein.

Europa schadet seiner eigenen Industrie und seinem Sozialbereich, indem es auf russisches Gas verzichtet.

Er bezeichnete die Sprengung der "Nordstream"-Pipelines als direkte Terrorakte.

Jeder Versuch, Russland von der Teilnahme am globalen Gasmarkt auszuschließen, hat schwerwiegende Folgen, einschließlich steigender Kosten für andere Länder.

Jedes Land entscheidet selbst, welche Art der Energieerzeugung es entwickeln möchte, aber ein Viertel des globalen Energiebilanzes entfällt auf Erdgas.

Die Rolle von Erdgas als Grundlage der globalen Energieversorgung im internationalen Handel wird sich weiter verstärken.

Das Hauptproblem des Gasmarktes weltweit besteht heute in Unterbrechungen der Lieferungen, und große Mengen an Angeboten sind vom Markt verschwunden.

Etwa die Hälfte des globalen Gashandels entfällt bereits auf Flüssigerdgas (LNG).

Russland prüft die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den USA in der Arktis.